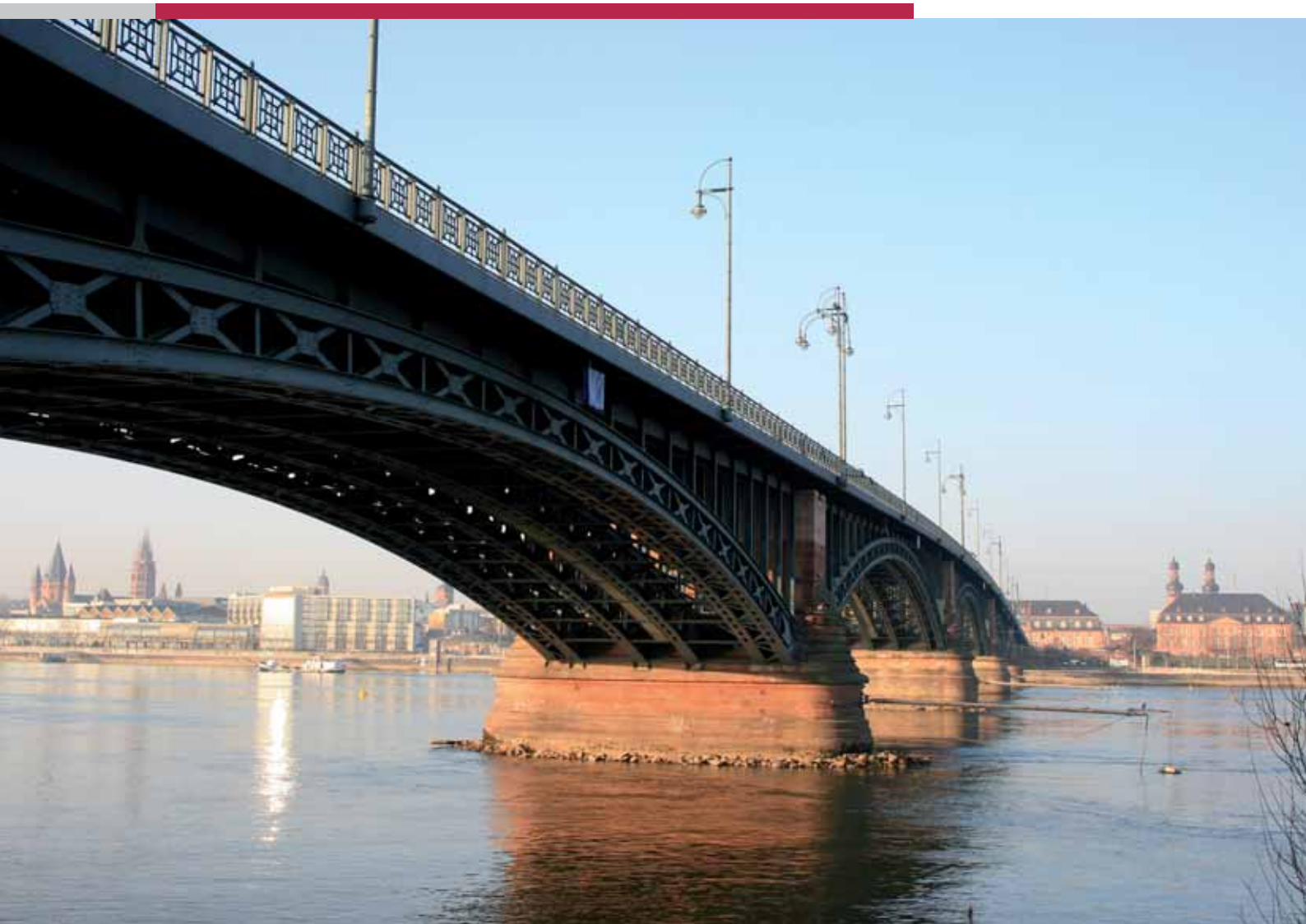




Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG

DAS LANDESAMT FÜR SOZIALES, JUGEND UND VERSORGUNG 2011



Soziale
Kompetenz
für Sie



TÄTIGKEITSBERICHT

*Soziale
Kompetenz
für Sie*



Landesamt für
Soziales, Jugend und
Versorgung

TÄTIGKEITS- BERICHT 2011



Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

in diesem Tätigkeitsbericht ist eine große Zahl von Brücken abgebildet. Doch was hat dieses Motiv mit der Arbeit der Landessozialverwaltung Rheinland-Pfalz zu tun, über die wir im Text berichten? Brücken verbinden Menschen. Sie lassen uns Hindernisse überwinden und zu neuen Ufern aufbrechen. Aufbruch und Innovation haben auch unser Jahr bestimmt. Verwaltung darf sich nicht damit zufrieden geben, einen erreichten Stand zu halten und zu sichern. Sie muss sich selbst auf den Prüfstand stellen und rechtzeitig Modernisierungsmaßnahmen ergreifen. Das alles symbolisieren die vielen Brückenfotos in dieser Broschüre.

2011 war in Rheinland-Pfalz ein bewegtes Jahr mit Landtagswahlen und neuer Koalitionsregierung. Für die Landessozialverwaltung war es ein Jahr der Erneuerung. Unser Verwaltungsaufbau kann und soll noch effizienter werden. Diesen Auftrag der neuen Landesregierung haben wir konstruktiv angenommen. Dabei wissen es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Verwaltung ebenso wie die Dienststellenleitung sehr zu schätzen, dass uns zwar das Ziel, nicht aber der Weg vorgegeben worden ist. So werden wir die Eingliederung der Ämter für soziale Angelegenheiten in das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung praxistauglich und kundenorientiert ausgestalten. Wir bleiben an unseren Standorten Mainz, Koblenz, Landau und Trier und halten unseren Bürgerservice aufrecht.

Zur Bilanz des Jahres 2011 gehören unsere vielfältigen Arbeitsschwerpunkte als überörtlicher Sozialhilfeträger, als Landesjugendamt, als Versorgungsverwaltung und als obere Landesgesundheitsbehörde. Diese Broschüre beleuchtet anhand einiger Beispiele, dass das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung unter den Bedingungen knapper Mittel beachtliche Ergebnisse erzielt hat. Durch das außergewöhnliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es gelungen, den guten Ruf unserer Fachverwaltung zu festigen. Dafür gilt allen Beteiligten mein herzlicher Dank.

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Werner Keggenhoff'.

Werner Keggenhoff

Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz



Geleitwort

Im Jahr 2011 hat in Rheinland-Pfalz die neu zusammengesetzte Landesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Im Koalitionsvertrag haben wir unsere gemeinsamen Vorstellungen von einer Politik des sozial-ökologischen Wandels festgehalten. Arbeit, Soziales, Kinder, Jugend und Gesundheit sind wichtige Schwerpunkte unseres Regierungsprogramms.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung war uns, gerade in der Zeit der Neubildung der Regierung und den damit verbundenen neuen Strukturen, ein verlässlicher und konstruktiver Partner. Wir danken dem Landesamt und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich für ihre geleistete Arbeit im vergangenen Jahr.

Der aktuelle Tätigkeitsbericht zeigt, wie vielfältig die Aufgaben dieser Verwaltung sind: Die Bandbreite der Zuständigkeiten reicht von der Kindertagesstätte bis zum Altenheim und von der Ausstellung des Schwerbehindertenausweises bis zur Kontrolle der Arzneimittelherstellung. Sie spiegelt sich auch in den Berufen, die die rund 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erlernt haben. Neben den Angehörigen der klassischen Verwaltungsbereufe finden sich hier Ärztinnen und Ärzte, Psychologinnen und Psychologen, Pädagoginnen und Pädagogen, Apothekerinnen und Apotheker und Personen mit ökonomischer Ausbildung. Letzteres ist von großer Bedeutung angesichts der Summe von 2,7 Milliarden Euro aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln, für die das Landesamt Verantwortung trägt.

Die Ergebnisse der Arbeit des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung und der Ämter für soziale Angelegenheiten zum Wohle der Menschen, die in Rheinland-Pfalz leben, können sich sehen lassen. Als Servicestelle nach dem Landesarbeitsruhegesetz trägt es zur Bekämpfung von Lohndumping bei. Mit pädagogischen Mitteln unterstützt es junge Menschen und ihre Angehörigen beim Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene. Als Beratungs- und Prüfbehörde hilft es bei der Suche nach der passenden Wohnform im Alter. Auch das sind wieder nur wenige Beispiele, die neugierig machen sollen.

Wir können Ihnen diesen Tätigkeitsbericht nur empfehlen – er ist lesenswert.

Malu Dreyer
Ministerin für
Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Demografie
des Landes Rheinland-Pfalz

Irene Alt
Ministerin für
Integration, Familie, Kinder,
Jugend und Frauen
des Landes Rheinland-Pfalz

INHALT

Neue Aufgaben	6	Menschen mit ausländischen Examina	
Neue Aufgaben in 2011	7	in den Gesundheitsberufen	35
Moderne Verwaltung	8	Arbeit	36
Manches neu macht der Mai	9	Halbzeit im ESF – über 1.200 Projekte	
Projekt „Zukunft Landessozialverwaltung“	10	bewilligt	37
Ökoprofit	11	Altenpflege	38
Soziales in der Öffentlichkeit	11	Wohnmodell für Menschen mit	
Wir arbeiten mit geprüftem		Pflegebedarf – „Pflegeoase“	39
Qualitätsmanagement	12	Gerechtes Ausgleichsverfahren fördert	
Gesund und fit	12	Altenpflegeausbildung	40
Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen	13	Bilder des Jahres	41
Beförderungen 2011	14	Internationales	42
Nachwuchs	14	Ort des Dienstgeschäftes: Peking	43
Personal	15	Gäste aus Weißrussland im Landesamt	44
Verantwortung für 2,7 Milliarden Euro	15	Ämter für soziale Angelegenheiten	46
Kinder, Jugend und Familie	16	Ministerin Dreyer zu Besuch im Amt für	
Neuer Landesjugendhilfeausschuss	17	soziale Angelegenheiten Trier	47
Fachkräfte der Adoptionsvermittlung	18	BUGA – Ade!	48
Mit sozialpädagogischen Mitteln gegen		VdK besucht das Amt für soziale	
Rechtsextremismus	19	Angelegenheiten Koblenz	49
Investitionen in die Zukunft	20	Aus der Werkstatt in unsere Verwaltung	50
Soziales	22	Neue Amtsleitung in Mainz	50
Vorbildliche Arbeitgeber geehrt	23	Bilder des Jahres	51
Weg von der Not – hin zu einem neuen Leben	24	Schulen für sinnesbehinderte Menschen	52
Mehr Frauen an die Spitze!	25	Hörgeschädigte Schülerinnen und Schüler	
Ein echter Hingucker – Unser Kalender		gestalten Kalender	53
„Behinderte Menschen Malen“ 2012	26	Das Sportgebäude ist fertig	54
Versorgung	28	Die ersten Bundesfreiwilligen in der	
Kriegsopferfürsorge	29	Landesschule für Blinde und Sehbehinderte	
Kooperation mit dem WEISSEN RING		Neuwied	55
auf neuer Grundlage	30	Integration zu Wasser und zu Lande	56
Schwerbehindertenausweis sehr begehrt	31	Neue Schulleiterin in Trier	57
Gesundheit	32	Adressen	58
Sichere Arzneimittelversorgung für		Organigramm	59
Frühgeborene	33	Impressum	60
Qualitätssicherung im Bereich Pharmazie	34		
Landeskinderschutzgesetz – Treffen der			
Fachkräfte der Gesundheitsämter	34		

DAS JAHR 2011

1. Januar Gerechtes Ausgleichsverfahren fördert Altenpflegeausbildung Seite 40	1. Januar Kriegsopferfürsorge Seite 29	1. Januar Menschen mit ausländischen Examina in den Gesundheitsberufen Seite 35	1. Januar Neue Aufgaben in 2011 Seite 7	12. Januar Sichere Arzneimittelversorgung für Frühgeborene Seite 33
25. Januar Ökoprofit Seite 11	31. Januar Ministerin Dreyer zu Besuch im Amt für soziale Angelegenheiten Trier Seite 47	17. Februar Mehr Frauen an die Spitze! Seite 25	24. Februar Gesund und fit Seite 12	
1. März Investitionen in die Zukunft Seite 20	1. März Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen Seite 13	7. April Wir arbeiten mit geprüftem Qualitätsmanagement Seite 12	12. April Qualitätssicherung im Bereich Pharmazie Seite 34	15. April BUGA – Ade! Seite 48
1. Mai Neue Amtsleitung in Mainz Seite 50	2. Mai Projekt „Zukunft Landessozialverwaltung“ Seite 10	18. Mai Beförderungen 2011 Seite 14	18. Mai Manches neu macht der Mai Seite 9	25. Mai Landeskinderschutzgesetz – Treffen der Fachkräfte der Gesundheitsämter Seite 34
26. Mai VdK besucht das Amt für soziale Angelegenheiten Koblenz Seite 49	1. Juni Weg von der Not – hin zu einem neuen Leben Seite 24		21. Juni Ort des Dienstgeschäftes: Peking Seite 43	30. Juni Soziales in der Öffentlichkeit Seite 11
1. Juli Nachwuchs Seite 14	29. Juli Kooperation mit dem WEISSEN RING auf neuer Grundlage Seite 30	11. August Gäste aus Weißrussland im Landesamt Seite 44	1. September Aus der Werkstatt in unsere Verwaltung Seite 50	1. September Die ersten Bundesfreiwilligen in der LBS Neuwied Seite 55
14. September Integration zu Wasser und zu Lande Seite 56	19. September Mit sozialpädagogischen Mitteln gegen Rechtsextremismus Seite 19	19. September Neuer Landesjugendhilfeausschuss Seite 17	26. September Das Sportgebäude ist fertig Seite 54	17. Oktober Neue Schulleiterin in Trier Seite 57
1. November Wohnmodell für Menschen mit Pflegebedarf – „Pflegeoase“ Seite 39	8. November Fachkräfte der Adoptionsvermittlung Seite 18	16. November Ein echter Hingucker – Unser Kalender „Behinderte Menschen Malen“ Seite 26	22. November Hörgeschädigte Schülerinnen und Schüler gestalten Kalender Seite 53	25. November Halbzeit im ESF – über 1.200 Projekte bewilligt Seite 37
	5. Dezember Vorbildliche Arbeitgeber geehrt Seite 23	31. Dezember Personal Seite 15	31. Dezember Schwerbehindertenausweis sehr begehrt Seite 31	31. Dezember Verantwortung für 2,7 Milliarden Euro Seite 15



NEUE AUFGABEN

Neue Aufgaben in 2011

Landespflegegeldgesetz und Landesblindengeldgesetz

Schon bisher ist das Landesamt für Grundsatzfragen des Landesblinden- und des Landespflegegeldgesetzes sowie für Kostenabrechnungen zuständig. Durch eine Gesetzesänderung in 2011 wurde der Kreis der anspruchsberechtigten Personen um zwei Gruppen erweitert. Dies sind zum einen EU-Bürgerinnen und -Bürger, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im angrenzenden EU-Ausland haben, in Rheinland-Pfalz arbeiten und als blinde oder schwerbehinderte Menschen die Voraussetzungen für den Bezug von Landesblinden- oder Landespflegegeld erfüllen. Die zweite Gruppe der nunmehr anspruchsberechtigten Personen sind blinde oder schwerbehinderte Angehörige von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, die ihren Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz haben. Auch für den erweiterten Kreis der anspruchsberechtigten Personen ist das Landesamt zuständig.

Finanzierung der Pflegestützpunkte

Seit 2009 wurden die 135 Beratungs- und Koordinierungsstellen in Rheinland-Pfalz zu Pflegestützpunkten weiterentwickelt. Mit der Umsetzung des Konzeptes ist das Landesamt für Soziales, Jugend

und Versorgung betraut. Die Prüfung der Abrechnungen der Anschubfinanzierung der Pflegestützpunkte wird nun ebenfalls im Landesamt durchgeführt.

Förderung der hausärztlichen Versorgung

Um das Arbeiten in ländlichen Regionen für Hausärztinnen und Hausärzte attraktiver zu machen, stellt das Land Rheinland-Pfalz Finanzmittel bereit. Die Förderung ist insbesondere für Ärztinnen und Ärzte gedacht, die sich für eine hausärztliche Tätigkeit in einer ländlichen Region entscheiden oder dort eine Zweigpraxis einrichten.

Maßgebend für die Förderung ist die 2011 in Kraft getretene Richtlinie zur Förderung der hausärztlichen Versorgung in ländlichen Regionen.

Das Landesamt ist zuständig für die Prüfung und Bewilligung der finanziellen Förderung einschließlich der Auszahlung, der Abrechnung der Zuwendungen sowie der Prüfung der Verwendung des Geldes.

Aufsicht über die örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge

Siehe Bericht Seite 29.



MODERNE VERWALTUNG

Manches neu macht der Mai

Seit 1947 ist der 18. Mai in Rheinland-Pfalz ein besonderes Datum. Als Verfassungstag ist er nicht nur ein Tag des Gedenkens und des Feierns, er markiert auch das Ende einer alten und den Beginn einer neuen Legislaturperiode. So haben wir seit dem 18. Mai 2011 einen neuen (den 16.) rheinland-pfälzischen Landtag, in dem erstmals SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Koalition bilden. In der Landesregierung wurden die Ministerien anders zugeschnitten und zahlreiche Spitzenpositionen neu besetzt, so dass sich die Verwaltung auf neue Personen und neue Strukturen einstellen musste.



Für den Geschäftsbereich des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung bedeutet dies die Dienst- und Fachaufsicht durch das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (Ministerin Malu Dreyer, Staatssekretärin Jacqueline Kraege, SPD) und die Fachaufsicht insbesondere im Aufgabenbereich Landesjugendamt durch das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen (Ministerin Irene Alt, Staatssekretärin Margit Gottstein, Bündnis 90/Die Grünen).

Für den Geschäftsbereich des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung bedeutet dies die Dienst- und Fachaufsicht durch das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie (Ministerin Malu Dreyer, Staatssekretärin Jacqueline Kraege, SPD) und die

Angesichts der neu zugeschnittenen Ressorts und der vielen neuen Führungspersonlichkeiten war das Jahr 2011 maßgeblich von Kennenlernterminen geprägt. Ministerin Alt, Staatssekretärin Kraege und Staatssekretärin Gottstein



waren mehrfach im Landesamt zu Gast und bewiesen ihr großes Interesse an der Arbeit ihrer nachgeordneten Verwaltung. Ministerin Dreyer führte die bereits langjährigen Begegnungen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landesamtes fort, wobei sie besonders Wert auf Gespräche auf Augenhöhe legt.

Die enge Einbindung unseres Landesamtes prägte auch von Anfang an das Projekt „Zukunft Landessozialverwaltung“. Noch vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen wurden alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Ministerin selbst über die wesentlichen Inhalte der vereinbarten Änderung unserer Verwaltungsstrukturen informiert, eine Transparenz, die von allen sehr geschätzt wird. Besonders dankbar wurde zur Kenntnis genommen, dass sich die neue Landesregierung zu unserer staatlichen Fachverwaltung bekennt und dass in der Koalitionsvereinbarung unseren Aufgaben große Bedeutung beigemessen wird.

Projekt „Zukunft Landessozialverwaltung“

Am 2. Mai 2011 gab Ministerin Malu Dreyer allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern per E-Mail bekannt, dass die Landessozialverwaltung künftig zweistufig organisiert werden soll. Damit ist festgelegt, dass die Ämter für soziale Angelegenheiten ihre Selbstständigkeit verlieren und organisatorisch in das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung eingegliedert werden. Die vier Standorte Koblenz, Landau, Mainz und Trier bleiben erhalten. Von vornherein wurde auch klargestellt, dass niemand durch die Neuordnung seinen Arbeitsplatz verliert.

Um von Anfang an die größtmögliche Transparenz in dem anstehenden Veränderungsprozess zu gewährleisten, wird seitdem fortlaufend (in der Regel alle 14 Tage) in der Mitarbeiterzeitung LSJVaktuell über den Sachstand des Projekts „Zukunft Landessozialverwaltung“ informiert.

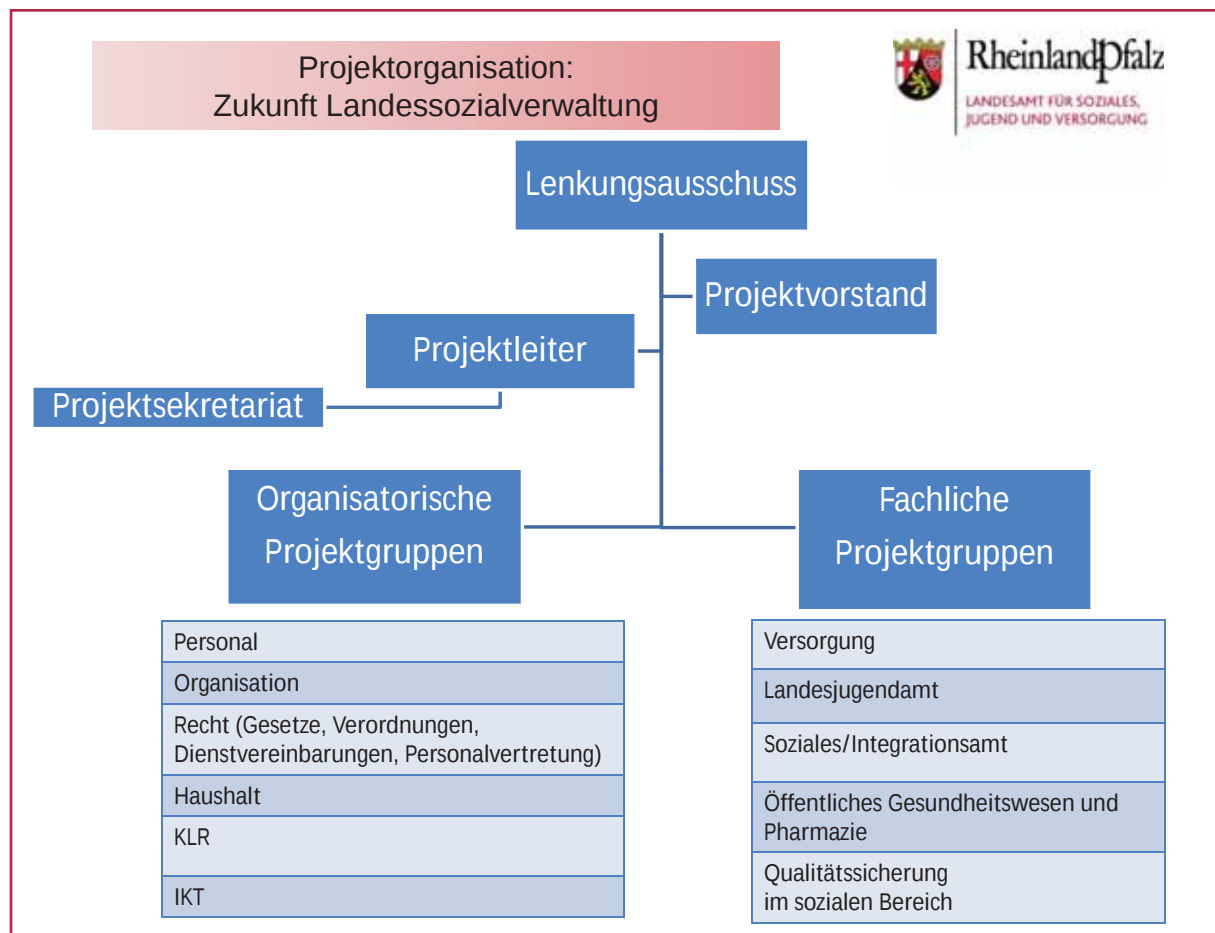
Um den mit einer Umstrukturierung meist einhergehenden Ängsten zu begegnen, wurde durch die Projektverantwortlichen ein frühzeitiger Informationsfluss sichergestellt. Dies geschah durch:

- Mitarbeiterversammlungen mit der Führungsspitze an allen Standorten alsbald nach Bekanntwerden des Auftrags
- Informationsplattform im Intranet
- Projektbriefkästen in allen Dienstgebäuden, um Gelegenheit zu geben, sich auch anonym mit Vorschlägen zu Wort zu melden.

Damit eine breite Beteiligung gewährleistet ist, wurden die Projektgruppen nach folgenden Gesichtspunkten besetzt:

- Einbindung der vorgesetzten Dienstbehörde durch die Staatssekretärin und weitere Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien
- Einbindung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachbereiche der Ämter und des Landesamtes
- Einbeziehung von Personalvertretung, Schwerbehindertenvertretung und Gleichstellungsbeauftragten

Das Projekt hat somit folgende Struktur erhalten:



Um auch die Partnerinnen und Partner einzubeziehen, wurde ein Informationsschreiben an die Sozialverbände, den Landesjugendhilfeausschuss, den Beratenden Ausschuss beim Integrationsamt, den Landesbeirat zur Teilhabe behinderter Menschen Rheinland-Pfalz, die Kommunalen Spitzenverbände und die Gewerkschaften versandt. Der frühzeitige, offene Umgang mit dem Projekt stieß auf positive Resonanz.

Unser Ziel ist es, die Landessozialverwaltung in Rheinland-Pfalz für die Zukunft so aufzustellen, dass die gewohnt gute Qualität als staatliche Fachverwaltung erhalten bleibt. Für die Bürgerinnen und Bürger soll weiterhin vor Ort ein zuverlässiger Service gewährleistet sein.

Ökoprofit



Ökoprofit ist ein Projekt zur Optimierung des Ressourcenverbrauchs bei den Betriebskosten von Unternehmen und Verwaltungen. Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung war eines von zehn Unternehmen und Verwaltungen, die sich 2010/2011 hieran beteiligt haben. Ökoprofit stärkt das Umweltbewusstsein und bringt zugleich finanzielle Vorteile.

In diesem Zeitraum konnten durch Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie durch organisatorische Maßnahmen wie verbesserte Mülltrennung und gezielteren Einsatz von Leuchtstoffröhren im Mainzer Dienstgebäude Einsparungen in Höhe von über 4.500 Euro erzielt werden.

Ein weiterer Lohn der Anstrengungen ist das Zertifikat ÖKOPROFIT, das seit Januar 2011 den Eingangsbereich des Landesamtes in Mainz schmückt.

Soziales in der Öffentlichkeit

7000 Plätze für unter Dreijährige

Landesjugendamt: So viel Bautätigkeit bei Kindergärten wie nie zuvor

MAINE (epd). An zwei Dritteln aller rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten wird oder wurde gebaut, um die Versorgung der unter Dreijährigen sicherzustellen.

Im Kindergartenjahr 2010/2011 seien 7000 neue Plätze für Kinder unter drei Jahren entstanden, sagte der Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, Werner Köggehoff, gestern in Mainz. Damit würden nun 22.800 Plätze für diese Altersgruppe zur Verfügung. Noch nie zuvor habe es so viel Bautätigkeit bei den Kindertagesstätten im Land gegeben. Ob dies ausreiche, um ab 2013 den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Einjährige zu garantieren, sei allerdings noch offen. Bislang sei die Politik davon ausgegangen, dass Plätze für ein Drittel der Einjährigen vorgehalten werden müssten. „Meiner Meinung nach ist das etwas knapp gerechnet“, sagte Köggehoff bei der Vorstellung des Tätigkeitsberichts 2010. Das Landesamt berät die Träger der über 1500 rheinland-pfälzischen Kindertagesstätten bei größeren Bauprojekten und bewilligt Bundesfördermittel. Insgesamt war die Behörde mit ihren insgesamt 1000 Mitarbeitern im vergangenen Jahr für ein Ausgabenvolumen von 2,5 Millionen Euro zuständig. Leistungen an Menschen mit Behinderung, die ein persönliches Budget erhalten oder in einem Heim leben, belegen sich auf knapp



180 Millionen Euro sind 2010 über das Landesjugendamt in den Betrieb und in Bauprojekte von Kindergärten geflossen. FOTO: G. SCHMIDTKE

700 Millionen Euro. 388 Millionen Euro fließen in Bauprojekte und den laufenden Betrieb von Kindergärten. Weitere 200 Millionen Euro wurden als Erziehungsgehalt gezahlt. 170 Millionen Euro betrug die Höhe der ausgetragenen Grundbesicherung im Alter. Daneben ist das Landesamt auch für die pauschale Kinderzuschussförderung, Kriegsgeldrenten, die Finanzierung des Maßregelstrafrechts und

die Ausstattung von Schwerbehindertenzentren zuständig.

Auch die Sozialverwaltung sei von der neuen rot-grünen Landesregierung aufgefordert worden, ihre Strukturen auf Einsparungsmöglichkeiten zu prüfen. Geplant sei, Aufgaben aus den regionalen Ämtern für soziale Angelegenheiten in Koblenz, Trier, Landau und Mainz zu zentralisieren, sagte Köggehoff.

Eine Behörde, die gesellschaftlich bedeutsame Aufgaben wahrnimmt, findet auch die Aufmerksamkeit der Medien. 2011 nahmen die Presseanfragen im Vergleich zum Vorjahr um 64 Prozent zu. Das war auch das Ergebnis einer kontinuierlichen Kontaktpflege mit den Presseorganen. Erfreulich ist die gestiegene Resonanz auf die aktive Pressearbeit unserer Verwaltung. Gut platzierte Informationsangebote überzeugten Journalistinnen und Journalisten davon, dass es über das Landesamt Interessantes zu berichten gibt. Themen wie die pädagogische Arbeit des Landes gegen Rechtsextremismus, Fragen der Jugendhilfe, Entscheidungen im Bereich Kindertagesstätten und im Schwerbehinderten-Feststellungsverfahren, aber auch Approbationen für Ärztinnen und Ärzte und heimaufsichtliche Maßnahmen wurden hinterfragt.

Unser Pressefrühstück, bei dem wir unseren jährlichen Tätigkeitsbericht vorstellen, ist zur guten Tradition geworden.

Auf einigen Ausstellungen war das Landesamt mit einem Stand vertreten. So war unser Landesjugendamt beim Kinder- und Jugendhilfe-Tag in Stuttgart, CeBIT und Moderner Staat, aber auch die Rheinland-Pfalz-Ausstellung stehen jedes Jahr auf dem Plan. Daneben gab es mehrere kleinere Stände auf regionalen Veranstaltungen.

Wir arbeiten mit geprüftem Qualitätsmanagement

Seit der Gründung des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung im Jahr 1996 steht unsere Verwaltung in einem kontinuierlichen Modernisierungsprozess. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter messen und bewerten die in ihrem Bereich ablaufenden Prozesse und Verwaltungsprodukte und haben ein internes Qualitätsmanagement aufgebaut.

2011 ergab sich die Gelegenheit, dieses durch die Deutsche Gesellschaft zur Zertifizierung von Managementsystemen (DQS) nach der ISO 9001:2008 bestätigen zu lassen. Dazu fanden im Januar ausführliche Systembewertungen und Systemanalysen statt. Nicht nur die bewerteten Kennzahlen zu Kosten, Qualität und Quantität unserer Verwaltungsdienstleistungen fanden achtung, vielmehr wurden die gesamten Proz im Landesamt analysiert. Die Zertifizierung nach der ISO 9001:2008 bewertet zusätzlich zu der Wirtschaftlichkeit die Produkt- und Prozessqualität und die Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit. Deshalb wurden auch die Bereiche der organisatorischen Gliederung, der personellen Ressourcen und der Arbeitsplatzumgebung im Zertifizierungsverfahren genau betrachtet. Besonders überzeugten den Auditor die qualifizierten Weiterbildungsmöglichkeiten für die Beschäftigten und die regelmäßige und strukturierte Auswertung des Controllings. Als Lohn der Anstrengung nahm Präsident Werner Keggenhoff am Donnerstag, den 7. April 2011, das Zertifikat der DQS entgegen. Dieser Auszeichnung liegt das Regelwerk der ISO 9001:2008 zugrunde. Der Vertreter der DQS betonte, dass das Zertifikat die Bestätigung eines wirksamen Qualitätsmanagements ist, das einer fortlaufenden Weiterentwicklung bedarf.

Die Verwaltungsprozesse und das Qualitätsmanagement des Landesamtes sind in einem Handbuch



dokumentiert, das als Grundlage für den Ausbau und die Weiterentwicklung des Qualitätsmanagements dient. Ziel ist es, das bestehende System mit seinen Strukturen und Prozessen im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses zu begleiten.

Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Modernisierungsschritt mit Engagement begleitet haben und auch in Zukunft eng beteiligt werden. Die Wirksamkeit unseres Qualitätsmanagementsystems soll im Jahr 2012 in einer Wiederholungsbegutachtung aufs Neue geprüft und zertifiziert werden.

Gesund und fit

Eine obere Landesgesundheitsbehörde wie unser Landesamt sollte noch mehr als andere Verwaltungen auf die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter achten. Daher fand am 24. Februar 2011 in Koblenz bereits der vierte Präventionstag statt. Mit Hilfe zahlreicher Firmen und Institutionen war ein regelrechter Gesundheitsparcours aufgebaut worden, dessen Angebote ein lebhaftes Interesse fanden.



Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen

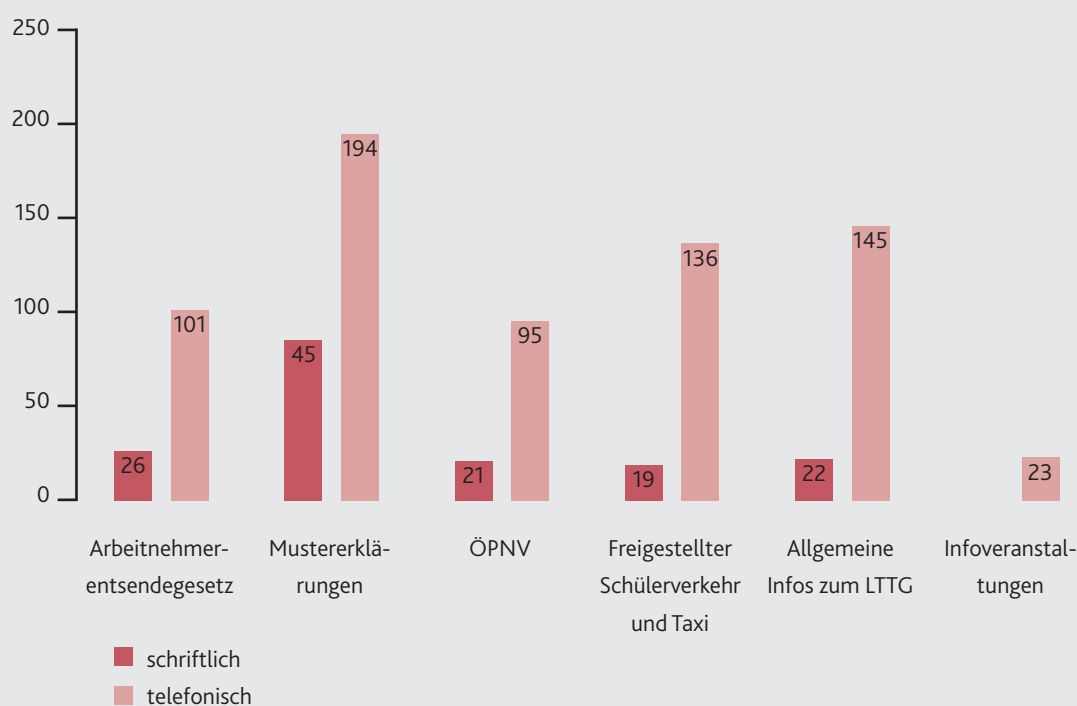
Am 1. März 2011 ist das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz – LTTG) in Kraft getreten. Es gilt für rheinland-pfälzische Landes- und Kommunalbehörden. Danach sind bei öffentlichen Aufträgen Tariftreue und das Mindestentgelt zu beachten. So soll Verzerrungen im Wettbewerb um öffentliche Aufträge, die durch den Einsatz von Niedriglohnkräften entstehen, entgegen gewirkt werden.

Ab einem geschätzten Auftragswert von 20.000 Euro dürfen öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen vergeben werden, die sich tariftreu verhalten, d. h. mindestens das im einschlägigen Tarifvertrag festgesetzte Entgelt oder – wo kein Tarifvertrag gilt – ein Mindestentgelt von derzeit 8,50 Euro (brutto) pro Stunde bezahlen. Das gilt auch, wenn das Unternehmen Nachunternehmer verpflichtet oder einer von beiden zur Ausführung des öffentlichen Auftrags Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer eines Verleihers einsetzt.

Die Aufgaben der Servicestelle wurden aufgrund der inhaltlichen Nähe zum Tarifregister der Zweigstelle des Landesamtes beim Amt für soziale Angelegenheiten Trier zugeordnet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Servicestelle beantworten insbesondere Anfragen der Vergabestellen in den Behörden und Zweckverbänden sowie von Firmen.



Anfragen an die Servicestelle 2011





Beförderungen 2011

Ohne sich durch die Hektik des zeitgleich stattfindenden Regierungswechsels anstecken zu lassen, konnten am 18. Mai 2011 29 Beamtinnen und Beamte Beförderungsurkunden entgegennehmen. Leistung soll auch bei knappen Kassen belohnt werden.

Nachwuchs

Noch liegt das Durchschnittsalter in unserer Verwaltung bei 48 Jahren, zehn Jahre Personalabbau haben Spuren hinterlassen. Nun stehen stark besetzte Jahrgänge vor dem Ruhestand. Interessante Zeiten für Nachwuchskräfte, die immer wichtiger für unsere Zukunft als Fachbehörde werden.

Um für junge Menschen ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, lohnen sich vielfältige Anstrengungen. So steht Präsident Keggenhoff einmal jährlich im Dialog mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unter 30 Jahren, um sich mit ihnen zu einem aktuellen Thema auszutauschen. Beim Treffen am

31. August 2011 ging es vor allem um die anstehende Reform unserer Verwaltungsstrukturen, zu denen die Nachwuchskräfte ihre Ideen einbringen konnten.

Um jüngere Leute auf lange Sicht an uns zu binden, haben wir uns als familienfreundlicher Arbeitgeber durch die Hertie-Stiftung zertifizieren lassen. In diesem Rahmen wurden viele Maßnahmen umgesetzt, damit sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei uns wohl fühlen und Arbeit und Beruf möglichst ohne Probleme in Einklang bringen können. So gibt es beispielsweise die Möglichkeit, bei plötzlicher Erkrankung eines Kindes von zu Hause zu arbeiten oder im Dienstgebäude das Eltern-Kind-Zimmer zu nutzen.

Wir versuchen, unseren Bedarf an Verwaltungskräften durch selbst ausgebildete junge Leute zu decken. So waren in 2011 beim Landesamt und den Ämtern für soziale Angelegenheiten immerhin 44 junge Menschen in Ausbildung. In einer Feierstunde am 1. Juli 2011 konnte Präsident Keggenhoff acht geprüfte und 14 neue Auszubildende als Nachwuchskräfte für die Laufbahnen des mittleren und des gehobenen Dienstes sowie einen Auszubildenden im Beruf des Fachinformatikers begrüßen.

Hinzu kommen die Ausbildungsanstrengungen der Landesschulen für sinnesbehinderte Menschen in den Berufen Kauffrau/Kaufmann für Bürokommunikation, Hauswirtschafterin und Heilerziehungspflegerin, die 2011 zehn jungen Leuten eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglichten.



Personal

Eine erfolgreiche Fachverwaltung braucht Expertenwissen. Daher verteilen sich die 905 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung und der Ämter für soziale Angelegenheiten auf zahlreiche Berufsgruppen:

Ärztinnen/Ärzte	34
Pharmazeutinnen/Pharmazeuten	11
Juristinnen/Juristen	28
Pädagoginnen/Pädagogen, Psychologinnen/Psychologen	13
Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen, Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter	45
Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter im Verwaltungsbereich (Beamtinnen/Beamte des gehobenen und mittleren Dienstes, Verwaltungsangestellte)	703
Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter mit einer EDV-spezifischen Ausbildung	10
Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter mit einer wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung	18
Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, die sich in einer Ausbildung befinden	44

Als Fachverwaltung für die Belange behinderter Menschen sind wir auch auf das Expertenwissen in eigener Sache angewiesen. Im Geschäftsbereich des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung arbeiten 13,43 Prozent schwerbehinderte Menschen (Stand 31. Dezember 2011). Damit soll auch anderen Betrieben und Verwaltungen ein gutes Beispiel gegeben werden.

Verantwortung für 2,7 Milliarden Euro



Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist (mit) verantwortlich für die ordnungsgemäße Verwendung von gut 2,7 Milliarden Euro im Jahre 2011. Die Verteilung auf die Aufgabenbereiche ist in der folgenden Tabelle dargestellt.

Ausgabenübersicht 2011

Ausgabenbereiche	Ausgaben in Euro
Landesausgaben	2.038.012.298
davon	
Sozialhilfe	894.388.297
Kindertagesstätten	434.563.915
Sonstige Leistungsbereiche	387.011.663
Krankenhausfinanzierung	116.804.000
Maßregelvollzug	62.969.962
Kostenerstattung Gesundheitsämter	38.628.532
Ausgleichsabgabe	23.954.723
Landesblindengeld/-pflegegeld	17.319.416
Frauenförderung	4.095.827
Personalkosten/Versorgung sowie Sachkosten/Investitionen	58.275.963
Bundesausgaben	592.284.249
davon	
Bundeselterngeld	210.024.942
Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung (SGB II)	191.306.038
Kriegsopferversorgung/-fürsorge	98.283.540
Sonstige Ausgaben	92.669.729
Konjunkturprogramm II	17.614.000
Arbeitsmarktförderung	28.596.420
davon	
Zuweisungen aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie andere EU-Mittel	15.214.696
Landesmittel (inkl. Zuschüsse zu Maßnahmen zur Bewältigung von Beschäftigungsfolgen des Truppenabbaus)	13.381.724
LSJV zusammen	2.676.506.967
Landesschulen zusammen	26.328.306
Gesamtausgaben Geschäftsbereich	2.702.835.273



KINDER, JUGEND UND FAMILIE

Neuer Landesjugendhilfeausschuss

Am 19. September 2011 hat sich der neue Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) konstituiert.

In der 55jährigen Geschichte des Landesjugendhilfeausschusses – die erste Konstituierung fand am 1. Juni 1956 statt – ist dies bereits die 14. Amtsperiode. Die Arbeitsphase des Ausschusses ist an die Legislaturperiode des Landtags gekoppelt und erstreckt sich nun auf die Jahre 2011 bis 2016.

Der Landesjugendhilfeausschuss bildet gemeinsam mit der Verwaltung das Landesjugendamt. Er befasst sich mit allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz und erörtert insbesondere aktuelle Problemlagen von Kindern, Jugendlichen und Familien und gibt Anregungen zur landesweiten Weiterentwicklung der Jugendhilfe. Im Zusammenwirken aller Träger der Jugendhilfe nimmt der Ausschuss – gemeinsam mit der Verwaltung des Landesjugendamtes – einen Vermittlungsauftrag wahr zwischen den örtlichen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe und dem für die Jugendhilfe zuständigen Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen.



Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist der Landesjugendhilfeausschuss mit umfassenden Beratungs- und Anhörungsrechten ausgestattet. Er beschließt darüber hinaus über alle Angelegenheiten des Landesjugendamtes, soweit diese nicht Geschäfte der laufenden Verwaltung sind. Dem Gremium gehören – wie bisher – 25 stimmberechtigte Mitglieder u. a. aus den Reihen der Politik (Abgeordnete der Fraktionen des Landtags), der Wohlfahrtsverbände, der Jugendverbände, der Jugendämter und der kommunalen Spitzenverbände an.

Die Zahl der beratenden Mitglieder liegt in dieser Amtsperiode bei 28 Personen. Präsident Keggenhoff, der die konstituierende Sitzung leitete, konnte als Gast die neue Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Irene Alt begrüßen,

die bis zu ihrer Berufung in das Amt der Ministerin im Mai 2011 selbst dem Ausschuss angehörte.

In ihrer Ansprache betonte die Ministerin, dass die Kinder- und Jugendhilfe mit dem jetzigen Zuschnitt ihres Ministeriums wieder **eine** Ansprechpartnerin auf der Ebene der Landesregierung habe, und verwies darauf, dass die Kernthemen ihres Ressorts auch die Arbeit des LJHA bestimmen. Bezogen auf das Thema Integration sehe sie eine enge Verbindung zur Kinder- und Jugendhilfe. Besonders liege ihr dabei die Etablierung einer neuen Willkommenskultur am Herzen, die sie stellvertretend am Beispiel der Kindertagesstätten erläuterte. Der LJHA bilde eine idealtypische Umsetzung ihres politischen Grundverständnisses, breite Bündnisse zu schaffen, um zu einer sozialen, gerechten und demokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft beizutragen.

Nach einer Würdigung der Arbeit des LJHA in der letzten Legislaturperiode richtete die Ministerin den Blick in die Zukunft und erläuterte die politischen Zielsetzungen ihres Hauses. Zunächst einmal wolle sie die gute Arbeit fortsetzen, die Rheinland-Pfalz z. B. beim Ausbau der Kindertagesstätten, beim Landeskinderschutzgesetz oder bei der Kooperation von Jugendhilfe und Schule kennzeichne. Sie sei in der glücklichen Lage, hier auf einer sehr soliden und vorbildlichen Grundlage aufbauen zu können. Als neues wichtiges Ziel benannte sie die Inklusion, die unter dem Motto „Alle anders, alle gleich“ zur Leitidee politischen und gesellschaftlichen Denkens und Handelns werden müsse. Die Kinder- und Jugendhilfe sei ausgehend von ihrem umfassenden Ansatz eine ideale Plattform zur Gestaltung dieser gesellschaftlichen Perspektive. Zu den weiteren Schwerpunkten gehören der weitere qualifizierte Ausbau der Kindertagesstätten, die Weiterentwicklung des „Guten Starts ins Kinderleben“ und die Zusammenführung eines systematischen bedarfsgerechten Angebots für Familien vor Ort.

Zum Vorsitzenden im neuen Landesjugendhilfeausschuss wurde erneut Pfarrer Albrecht Bähr, Sprecher der Geschäftsführung der Arbeitsge-

meinschaft Diakonie in Rheinland-Pfalz und Landesdiakoniepfarrer der Evangelischen Kirche der Pfalz, gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurde Regine Schuster vom Paritätischen Wohlfahrtsverband Rheinland-Pfalz/Saarland.



Fachkräfte der Adoptionsvermittlung

Mit der Adoptionsvermittlung dürfen nur Fachkräfte betraut werden, die dazu auf Grund ihrer Persönlichkeit, ihrer Ausbildung und ihrer beruflichen Erfahrung geeignet sind, so bestimmt es das Adoptionsvermittlungsgesetz. Um diese hohen Anforderungen zu erfüllen, müssen sich die Fachkräfte regelmäßig fortbilden. Die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle Rheinland-Pfalz und Hessen (GZA), die im Landesamt angesiedelt ist, hat die Aufgabe, die Fachkräfte zu beraten, zu unterstützen und fortzubilden. Die zweitägige Fachtagung der GZA, die traditionell im November stattfindet, leistet hierzu einen wichtigen Beitrag. Im Jahre 2011 fand sie mit 75 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am 8. und 9. November in Frankfurt a. M. statt.

Ein wichtiges Thema war das neue Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG). Hier gab es Abstimmungsbedarf mit den zuständigen Richterinnen und Richtern zu den Verfahrensabläufen bei Adoptionen aus dem In- und Ausland.



**GEMEINSAME ZENTRALE
ADOPTIONSSTELLE
RHEINLAND-PFALZ UND HESSEN**

Den zweiten Schwerpunkt der Tagung bildete das Thema Leihmutterschaft. Der Einsatz von Leihmüttern ist in Deutschland zwar verboten, weltweit nehmen Leihmutterschaften aber zu. Daher sind viele deutsche Jugendämter mit Adoptionsverfahren befasst, denen im Ausland durchgeführte Leihmutterschaften vorausgingen. Die Tagung beleuchtete die Problematik sowohl aus medizinischer als auch rechtlicher Sicht und ermöglichte den Fachkräften, die Konsequenzen für ihre Beratungstätigkeit zu erarbeiten.

Auch nach dem gerichtlichen Abschluss einer Adoption haben die Adoptivfamilien Anspruch auf Unterstützung und nachgehende Begleitung. Mit der vorgestellten Methode „Marte Meo“ können Fachkräfte der Vermittlungsstellen ihren Adoptivfamilien im Alltag zur Seite stehen. Bei der Methode Marte Meo (lateinisch: aus eigener Kraft) werden per Video alltägliche Situationen zwischen Kindern und ihren Eltern aufgenommen und Schieflagen auf der Beziehungsebene aufgezeigt. Der Schwerpunkt dieser Technik liegt auf der Hervorhebung der Stärken der Handelnden und der Verbesserung der Kommunikationsfähigkeit zwischen Adoptiveltern und ihren Kindern.

Mit sozialpädagogischen Mitteln gegen Rechtsextremismus

Die Aufdeckung des rechtsterroristischen Hintergrunds der Mordserie der sogenannten Zwickauer Zelle hat die Notwendigkeit der Bekämpfung des Rechtsextremismus nochmals überdeutlich gemacht. Obwohl Rheinland-Pfalz bei rechtsextrem motivierten Straftaten im unteren Drittel der Bundesländer liegt, unternimmt das Land große Anstrengungen im Kampf gegen Rechtsextremismus und setzt dabei neben dem Einsatz von Polizei und Verfassungsschutz auch auf sozialpädagogische Mittel.

Die Landesregierung hatte bereits mit ihrem Beschluss vom 13. März 2001 dem Landesjugendamt den Auftrag erteilt, eine Aussteigerberatung (R)AUSwege – Ausstieg aus dem Extremismus

aufzubauen. Die Strategie des Landes setzt dabei grundsätzlich auf Repression, Prävention und Intervention. Die Sonderprojekte gegen Rechtsextremismus verbinden die individuelle Einzelfallhilfe, die Gruppen- und die Netzwerkarbeit miteinander und unterstützen darüber hinaus das zivilgesellschaftliche Engagement in Rheinland-Pfalz für staatliche und nichtstaatliche Akteure.

Insgesamt bietet das Landesjugendamt im Auftrag des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen mittlerweile sechs Projekte an, die aufeinander aufbauen und Synergien ermöglichen: (R)AUSwege, Elterninitiative gegen Rechts, Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, Rückwege, Internetplattform Komplex und maps – Mediale Aktionsprojekte gegen Rechtsextremismus. Mit dem jüngsten Projekt maps, zu dem Staatsministerin Irene Alt am 19. September 2011 offiziell den Startschuss gab, konnte der Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e. V. für eine dreijährige Kooperation gewonnen werden. In drei- bis fünftägigen Filmprojekten zeigen junge Menschen, die mit dem Rechtsextremismus liebäugeln, was ihnen unter den Nägeln brennt und was sie gern ändern würden. Mit ihren sichtbar gewordenen „inneren Landkarten“ setzen sich die Jugendlichen anschließend im Rahmen einer Präsentation auseinander, so dass Werte und Einstellungen gemeinsam diskutiert und bearbeitet werden können.



Wenn sich braunes Gedankengut verbreitet ...

Investitionen in die Zukunft

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung hat im Jahr 2011 insgesamt 434,5 Millionen Euro für Kindertagesstätten ausgegeben. Das waren noch einmal 12,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese enorme Steigerung ist insbesondere auf den Ausbau der Betreuung für Kinder unter drei Jahren zurückzuführen. Der Neu- und Ausbau der Kindertagesstätten wird vom Land mit Investitionskostenzuschüssen bis zu 95.000 Euro für eine zusätzliche Krippengruppe gefördert.

Das Land Rheinland-Pfalz stellte am Stichtag 1. März 2011 insgesamt 23.717 Plätze für unter Dreijährige zur Verfügung (Quelle: Statistisches Bundesamt). Damit hatte das Land mit im Vergleich zum Vorjahr 4,5 Prozent bundesweit den größten Zuwachs an Plätzen für Kinder unter drei Jahren. Die Ausgaben allein für Bau und Ausstattung für Kinder unter drei Jahren erfuhr 2011 durch diese Platzentwicklung einen enormen Anstieg um 32,3 Prozent gegenüber dem Jahr 2010 auf mehr als 27 Millionen Euro. Für insgesamt 4.491 zusätzliche Plätze für Kinder unter drei Jahren hat das Land im letzten Jahr Fördermittel bewilligt, gut angelegtes Geld für unser kinderfreundliches Rheinland-Pfalz.

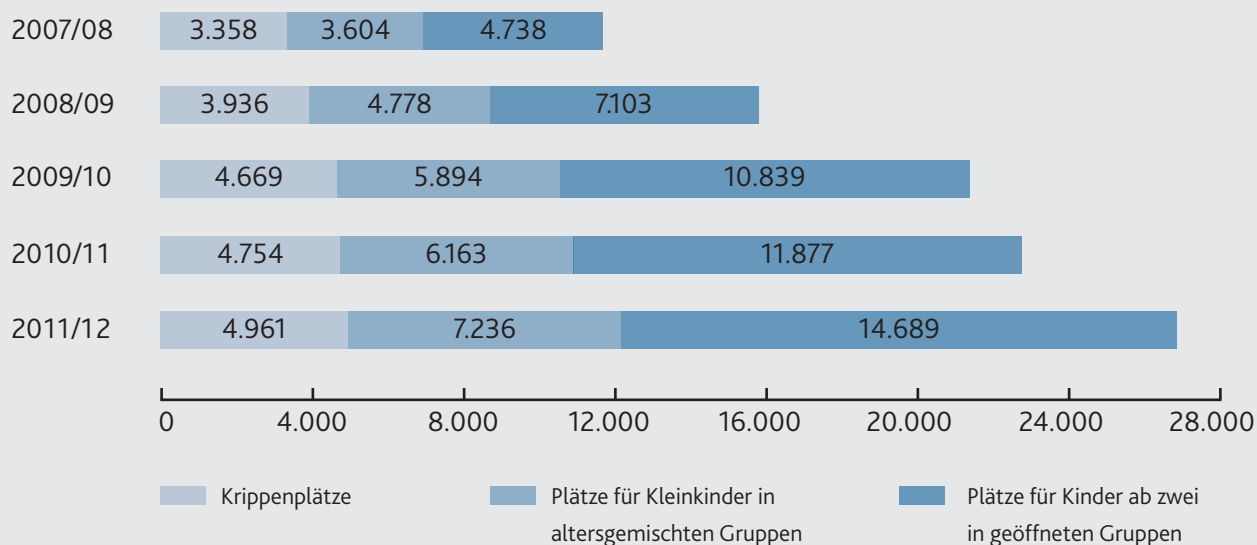
Inklusion in der Kita

Wenn Kinder mit und ohne Behinderung von Anfang an gemeinsam gefördert werden, muss niemand später in die Normalität integriert werden. Gesellschaftliche Teilhabe von Anfang an, das ist der Gedanke der Inklusion. Dem trägt das Land auch bei der Förderung von Tageseinrichtungen für Kinder Rechnung. Ein Beispiel dafür ist die neue Integrative Kindertagesstätte in Rockenhausen.

Dort wird 2012/13 erstmals ein integratives Angebot für Kinder mit und ohne Behinderung geschaffen. Das alte Gebäude des Förderkindergartens in seiner bisherigen Ausrichtung als reine heilpädagogische Fördereinrichtung wird aufgegeben. Die Betreuung in der neuen Einrichtung erfolgt in:

- 2 heilpädagogischen Gruppen mit 16 Plätzen (16 Plätze für Kinder mit Behinderung)
- 2 integrativen Gruppen mit 30 Plätzen (10 Plätze für Kinder mit Behinderung)
- 1 geöffneten Kindergartengruppe mit 25 Plätzen (19 Kinder Ü3 und 6 Kinder ab 2 Jahren)

Kindertagesstätten – Entwicklung der Plätze für Kleinkinder





- 1 kleinen altersgemischten Gruppe mit 15 Plätzen (7 Plätze U3 und 8 Plätze Ü3)

Mit dieser Einrichtungsstruktur wird Raum geschaffen für die vielfältigen kindlichen Bedürfnisse, was allen Kindern zugute kommt.

Die Gesamtkosten des Baus und der Ausstattung der neuen sechsgruppigen Kindertagesstätte in Rockenhausen betragen nach der baufachlichen

Prüfung rund 2.519.000 Euro. Davon wurden im Rahmen der Investitionsfinanzierung Kosten in Höhe von insgesamt 1.343.466 Euro als finanzierungsfähig anerkannt. 50 Prozent stellen den investiven Landesfinanzierungsanteil in Höhe von 671.733 Euro dar, der über den Vergütungssatz der Kindertagesstätte als Darlehen finanziert wird. Die übrigen Kosten werden vom Träger der Einrichtung getragen.

Kindertagesstätten – Tatsächliche Zahlungen 2008 bis 2011 in Euro

	2008	2009	2010	2011	Veränderung 2008-2011
Zuweisungen zu den Personalkosten von Kindertagesstätten	223.473.491,82	231.674.590,92	274.333.663,78	293.973.051,55	31,55 %
Zuweisungen für den Ausbau der frühen Förderung (Erstattung Elternbeiträge, Bonuszahlungen gem. § 12a KitaG)	34.360.760,65	66.961.771,78	85.385.906,86	106.042.492,71	208,62 %
Maßnahmen zur Effektivitäts- und Qualitätsförderung im Kindertagesstättenbereich (Sprachförderungsmaßnahmen und Maßnahmen des Übergangs vom Kindergarten in die Grundschule)	5.439.458,52	5.794.688,58	6.384.144,13	5.930.393,37	9,03 %
Zuweisungen zum Bau und zur Ausstattung von Kindertagesstätten (inkl. Bundesförderung)	1.718.228,15	7.066.442,16	20.679.096,32	27.364.266,82	1.492,59 %
Landesprogramm Erzieherfortbildung und Fortbildung der Sprachförderkräfte	0,00	0,00	326.703,00	1.253.710,60	
Summe	264.991.939,14	311.497.493,44	387.109.514,09	434.563.915,05	63,99 %



SOZIALES

Vorbildliche Arbeitgeber geehrt

Der Aufschwung am Arbeitsmarkt ist 2011 leider noch nicht bei Menschen mit Behinderungen angekommen. In dieser Situation kommt es besonders auf die Aktivitäten des Landesamtes als Integrationsamt und der Arbeitsverwaltung an, damit das Recht auf Teilhabe am allgemeinen Arbeitsmarkt auch verwirklicht werden kann. Wichtig ist, Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber von der Leistungsfähigkeit und -bereitschaft schwerbehinderter Menschen zu überzeugen. Dazu sind gute Beispiele oftmals eindrucksvoller als alle Sonntagsreden. Daher hat das Land Rheinland-Pfalz am 5. Dezember 2011 bereits zum 14. Mal den Landespreis für beispielhafte Beschäftigung schwerbehinderter Menschen verliehen.

In der Kategorie der nicht beschäftigungspflichtigen Betriebe fiel die Entscheidung der Jury auf das Golf-Resort Bitburger Land in Wißmannsdorf. Das Unternehmen mit neun Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ermöglicht einem jungen Mann mit einer geistigen Behinderung eine reguläre Vollzeitbeschäftigung und hat ihm die Grünpflege auf der Anlage übertragen.

Bei den Betrieben unter 100 Beschäftigten erhielt das Unternehmen getlogics GmbH aus Trier mit



einer Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen von 12,5 Prozent den Preis.

Die ERN – Elektrosysteme Rhein-Nahe GmbH in Simmern wurde in der Kategorie über 100 Beschäftigte ausgezeichnet. Im Jahre 2008 hat der Betrieb eine Integrationsabteilung in das Stammunternehmen eingegliedert.

Gelebte Inklusion auch im Bundesarchiv Koblenz (Kategorie Öffentlicher Dienst) mit einer eindrucksvollen Beschäftigungsquote von 15,1 Prozent.

Einen Sonderpreis erhielt die Firma Peter Cecco aus Bad Dürkheim. In dem kleinen Betrieb arbeiten sieben Beschäftigte, zwei davon sind schwerbehindert.

Ottmar Miles-Paul, Landesbeauftragter für die Belange behinderter Menschen, übergab die Auszeichnungen an die Preisträgerinnen und Preisträger. Er betonte, wie wichtig es ist, Vorurteile gegenüber behinderten Menschen abzubauen. Die Preisträger erhielten neben einer Urkunde, einer Medaille und einer stattlichen Plakette aus edlem Metall auch eine Prämie in Höhe von 3.000 Euro.

Weg von der Not – hin zu einem neuen Leben



Vor vier Jahren hätte keiner gedacht, dass Maria S. einmal den ersten Platz beim Leistungswettbewerb für Auszubildende der Hauswirtschaft in Rheinland-Pfalz und den zweiten Platz beim Bundesleistungswettbewerb belegen würde. Denn noch vor einem Jahr befand sich Maria wegen ihrer besonderen sozialen Schwierigkeiten in einer Resozialisierungsrichtung in Mainz und erhielt Leistungen vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung. Maria war psychisch sehr belastet. Sie tendierte zur Selbstüberschätzung und tat sich schwer, nach Unterstützung zu fragen. Als Scheidungskind und mit wechselnden Partnern der Eltern aufgewachsen, hatte sie bereits in der Kindheit Probleme.

Nachdem Maria die 3. Klasse wiederholt und die Realschule abgeschlossen hatte, begann sie 2005

eine Friseurausbildung, wurde aber nach 1,5 Jahren wegen Diebstahls gekündigt und angezeigt.

Aus diesem Grund wurde sie vor vier Jahren in die Resozialisierungseinrichtung Wendepunkt Mainz aufgenommen.

Der Wendepunkt als eine der 19 Resozialisierungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz, die vom Land und den Kommunen finanziert werden, betreut Menschen im Rahmen der Hilfe zur Überwindung besonderer Lebensverhältnisse und sozialer Schwierigkeiten. Einzelberatung und Einzelbetreuung sind wesentliche Aufgaben in der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 ff. SGB XII, für die das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zuständig ist. Sie sollen dazu befähigen, durch Beratung und Anleitung ein normales, subjektiv zufriedenes, selbst organisiertes Leben in einer eigenen Wohnung, mit eigenem hinreichendem Einkommen, mit einer regelmäßigen Beschäftigung im Rahmen der gesetzlichen Normen zu führen.

Maria begann 2008 mit Unterstützung des Wendepunktes eine Ausbildung zur Hauswirtschafterin beim Internationalen Bund (IB) in Mainz-Hechtsheim, die sie im Juni 2011 erfolgreich abschloss. Sie hatte nach einigen Praktika in verschiedenen Bereichen den Küchen- und Hauswirtschaftsbereich für sich entdeckt. In enger Kooperation mit der Ausbildungsstelle arbeitete Maria an ihrer Selbstständigkeit und lernte zunehmend Verantwortung zu übernehmen. Im November 2010 nahm sie schließlich an einem Wettbewerb für Hauswirtschaft unter dem Motto „Hauswirtschaft schafft Lebensqualität“ teil und belegte den ersten Platz in Rheinland Pfalz. In Osnabrück vertrat Maria im März 2011 Rheinland-Pfalz beim Bundeswettbewerb für Auszubildende in der Hauswirtschaft und wurde für ihre hervorragenden Leistungen mit dem zweiten Platz belohnt.

Neben der Teilnahme an den Leistungswettbewerben hat Maria die während der Maßnahme im Wendepunkt angestrebten Ziele, wie den Abschluss der Ausbildung, die Übernahme von Ver-

antwortung und Heranführung zur eigenständigen Haushaltsführung und die Annäherung an die Familie, Überwindung der Abhängigkeit vom Freund sowie Lernen in sozialen Beziehungen, erreicht. Maria ist 2011 aus dem Wendepunkt ausgezogen. Es ist ihr in der Zeit im Wendepunkt gelungen, ihre Ressourcen zu aktivieren, ihre Talente zu erkennen und zu fördern. Mit ihrer Berufswahl ist sie sehr zufrieden.



Marias Geschichte zeigt, dass der Betreuungsaufwand mit einem ausgeprägten erzieherischen Anteil sich lohnt. Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist dabei maßgeblich an der Hilfeplanung und den Kosten in den Resozialisierungseinrichtungen beteiligt. Hierfür werden jährlich ca. 8 Millionen Euro für 425 stationäre Plätze eingesetzt.

(Der Name wurde aus datenschutzrechtlichen Gründen von der Redaktion geändert.)

Mehr Frauen an die Spitze!

Seit einigen Jahren werden die frauenpolitischen Programme des Landes vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung betreut. Ein Beispiel hierfür ist das Mentoring-Programm für Frauen in der Landesverwaltung.

Der 3. Bericht über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes hat gezeigt, dass mit einem Frauenanteil von unter 25 Prozent in Führungspositionen der Landesverwaltung Handlungsbedarf besteht. Daher haben sich wieder 17 Frauen der Landesverwaltung am Mentoring-Programm beteiligt, um sich für zukünftige Führungspositionen fit zu machen. Es geht darum,

- den Anteil von Frauen in Führungspositionen langfristig zu erhöhen sowie die berufliche Entwicklung von Frauen zu fördern,
- den Anteil von Frauen in Gremien, Beiräten und Ausschüssen nachhaltig zu steigern und
- eine Kompetenzerhöhung aller Beteiligten in Bezug auf Gleichstellungsfragen und Sensibilisierung bezüglich der Situation weiblicher Beschäftigter zu erreichen.

Das Programm bringt weiblichen Führungsnachwuchs mit erfahrenen Führungskräften zusammen. Außerdem bietet es ein attraktives Fortbildungs- und Qualifizierungsprogramm sowie Netzwerkveranstaltungen, die unterschiedliche Themenschwerpunkte behandeln.

Das Projekt richtet sich an die obersten Landesbehörden in Rheinland-Pfalz. Alle Ressorts sowie die Landtagsverwaltung, die Staatskanzlei und die Landesvertretung in Berlin und Brüssel beteiligen sich daran.

Das Landesamt setzt dieses Programm in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen mit einem Gesamtfördervolumen von 35.700 Euro für das Jahr 2011 um. Die Sozialabteilung des Landesamtes ist



für die Bewilligung der Anträge, die Prüfung der Verwendungsnachweise sowie die Beratung und Begleitung der Projektträger verantwortlich. Adressaten der Förderung sind neben der Universität Mainz verschiedene Gleichstellungsstellen der Kommunen in Rheinland-Pfalz.

Das Land begeht den Abschluss des Mentorinnenprogramms und die Begrüßung der neuen Teilnehmerinnen und der Mentorinnen jährlich mit einem Festakt in der Staatskanzlei.

Ein echter Hingucker – Unser Kalender „Behinderte Menschen malen“ 2012

Am 16. November 2011 wurde im Erbacher Hof der neue Kalender „Behinderte Menschen malen“ 2012 – zum Thema „Polizei und Feuerwehr“ – der Öffentlichkeit vorgestellt. Die 14 Malerinnen und Maler aus Einrichtungen der Behindertenhilfe in Rheinland-Pfalz, deren Bilder es in den Kalender geschafft haben, erhielten viel Anerkennung und ein Geschenk.

Zu den Gratulanten gehörten der Landesbeauftragte für die Belange behinderter Menschen Ottomar Miles-Paul, der Vorstandsvorsitzende der AOK Rheinland-Pfalz Walter Bockemühl und Präsident Werner Keggenhoff.

Mit farbenfrohen und fantasievollen Bildern wurde das Thema so interessant umgesetzt, dass über den Kalender in zahlreichen – auch überregionalen – Zeitungen berichtet wurde.

Die Malerinnen und Maler und ihre eindrucksvollen Arbeiten bei dieser Preisverleihung persönlich zu erleben, war ein emotionaler Moment. Ihre Freude über die Anerkennung und Würdigung ihrer Werke und ihrer Person strahlte aus. Wir freuen uns über den neuen Kalender, der viele tausend Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer mit Blaulicht durch das Jahr 2012 begleiten wird.





VERSORGUNG

Kriegsopferfürsorge

Angesichts weiter zurückgehender Fallzahlen wurden im Zuge der Kommunal- und Verwaltungsreform ab 1. Januar 2011 die bisher von 36 Kreisen und kreisfreien Städten wahrgenommenen Aufgaben der örtlichen Träger der Kriegsopferfürsorge (KOF) bei den Kreisverwaltungen Mainz-Bingen und Mayen-Koblenz konzentriert. Zugleich wurde das Landesamt Fachaufsichtsbehörde über diese örtlichen Träger. Außerdem ging die Zuständigkeit für die Abrechnung der Bundesbeteiligung an den Ausgaben der örtlichen Träger von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion auf das Landesamt über.

Aufgrund der Umwandlung der Aufgaben der örtlichen Träger von kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben in Auftragsangelegenheiten ergab sich auch eine Änderung der Kostenträgerschaft. Das Land erstattet den örtlichen Trägern den durch die Aufgabenwahrnehmung entstehenden sogenannten Nettoaufwand.

Da die Aufsicht sowohl die Recht- als auch die Zweckmäßigkeit der Aufgabenerfüllung umfasst, stellt künftig das Landesamt sicher, dass in ganz Rheinland-Pfalz die Berechtigten gleiche Leistungen erhalten.

Am 30. März 2011 fand im Landesamt in Koblenz mit den Kreisverwaltungen Mayen-Koblenz und Mainz-Bingen eine Fachtagung statt, um die einheitliche Rechtsanwendung zu gewährleisten. Es wurde eine enge Zusammenarbeit vereinbart.

Kooperation mit dem WEISSEN RING auf neuer Grundlage

Ministerin Malu Dreyer, Karl-Heinz Weber, Landesvorsitzender des WEISSEN RINGS, und Werner Keggenhoff, Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, haben am 29. Juli 2011 in Mainz eine Vereinbarung unterzeichnet, die die Kooperation weiter vertiefen soll. Es handelt sich bundesweit um die erste derartige Vereinbarung des WEISSEN RINGS mit einem Sozialministerium.

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist für die rheinland-pfälzische Versorgungverwaltung Vertragspartner, weil dort über Anträge nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG) entschieden wird. Ein wichtiges Element der Vereinbarung ist die Errichtung von Traumaambulanzen in Rheinland-Pfalz, die eine frühzeitige psychotherapeutische Behandlung von Verbrechenopfern übernehmen.



Hierzu hat das Landesamt bereits im Rahmen eines Pilotprojekts mit der Dr. von Ehrenwall'schen Klinik in Bad Neuenahr-Ahrweiler und mit der Klinik und Poliklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie der Universitätsmedizin Mainz entsprechende Vereinbarungen abgeschlossen.



Die OEG-Traumaambulanz ist ein Angebot für Menschen, die durch

- Kapitalverbrechen
(z. B. schwere Körperverletzung),
- Vergewaltigung,
- sog. Schockschäden
(z. B. als Tatzeugen von Mord oder Totschlag, schwerer Körperverletzung), und/oder
- im Zusammenhang mit Gewalttaten im Ausland
geschädigt wurden.

Die Betroffenen können direkt nach der Tat die Unterstützung der Traumaambulanzen in Anspruch nehmen, indem sie sich dort oder bei den Dienststellen der Versorgungverwaltung in Rheinland-Pfalz melden. Die Ambulanzen sind eng mit Opferschutzorganisationen (z. B. dem „WEISSEN RING“) vernetzt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Institution Traumaambulanz erfolgreich Hilfe anbieten kann, so dass dauerhafte psychische Schäden nicht oder nur in gemilderter Form auftreten.

Schwerbehindertenausweis sehr begehrt

Die Zahl der Menschen, die wegen ihrer gesundheitlichen Beeinträchtigungen einen Schwerbehindertenausweis beantragen, nimmt weiter zu. Offensichtlich sind immer mehr behinderte Menschen auch aus wirtschaftlichen Gründen auf Nachteilsausgleiche angewiesen.

Im Jahr 2011 sind 19.327 Widersprüche und 3.010 Klagen eingegangen. Auch wenn diese absoluten Zahlen hoch erscheinen, bedeuten sie, dass lediglich rund drei Prozent der Verwaltungsentscheidungen vor Gericht angefochten werden – weit weniger als im Bereich anderer Sozialleistungsträger. Trotz der Vielzahl der Verfahren wird die hohe Qualität der Aufgabenerledigung auch dadurch belegt, dass die Erfolgsquote bei den erhobenen Widersprüchen und Klagen im Verhältnis zu den Verfahren insgesamt nur etwa neun Prozent betrug.

So stieg die Gesamtzahl der Erst- und Änderungsanträge im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr wieder an und lag mit 86.504 Anträgen nur knapp unter dem bisherigen „Rekordjahr“ 2009. In 13.140 Fällen mussten Nachprüfungen vorgenommen werden, ob sich der Gesundheitszustand wesentlich verändert hat. Dass es bei fast 100.000 Entscheidungen von erheblicher persönlicher Bedeutung auch zu zahlreichen Widersprüchen und Klagen kommt, ist keine Überraschung:

Entwicklung der Fallzahlen SGB IX 2007 bis 2011 Antrags- bis Rechtsmittelverfahren

	2007	2008	2009	2010	2011
Anträge/NU	90.090	96.299	101.325	99.134	99.644
Widersprüche	16.755	18.571	19.028	19.059	19.327
Klagen	2.541	2.709	2.943	3.019	3.010
Rechtsmittel	258	287	246	254	271
Summe	109.644	117.866	123.542	121.466	122.252



GESUNDHEIT

Sichere Arzneimittelversorgung für Frühgeborene

Der Tod von drei Säuglingen in der Universitätsmedizin Mainz, die sich durch mit Darmkeimen verschmutzte Nährlösung infiziert hatten, war – wie sich später herausstellte – nicht auf Mängel im Verantwortungsbereich der Klinik zurückzuführen. Vermutlich sind die Keime über einen mit bloßem Auge nicht sichtbaren Haarriss in einer Glasflasche in die Nährlösung, die in der Klinikapotheke hergestellt wurde, gelangt. Die Verkeimung wurde bei einer Routineüberprüfung der Apotheke festgestellt – leider zu spät.

Wenn solch ein Vorfall in einer Einrichtung passieren kann, die auf dem modernsten Stand ist, wie sieht die Situation in anderen Kliniken aus? Dieser Frage ist das Landesamt nachgegangen, um die Sicherheit der sogenannten Frühchen zu erhöhen.

Eine intensivmedizinische Betreuung von Frühgeborenen erfolgt in Rheinland-Pfalz in 14 Einrichtungen. Ihre Überlebenschancen sind abhängig von der Reife. So liegt die Überlebenswahrscheinlichkeit bei einem Frühchen, das die 24. Schwangerschaftswoche vollendet hat, in Deutschland zurzeit bei 60 Prozent. Bei einem Geburtsgewicht von unter 500 g sinkt sie allerdings auf 20 bis 30 Prozent.

Solche Frühchen sind besonders empfindlich gegen Keime, wie aktuelle Vorkommnisse in anderen Bundesländern wieder gezeigt haben.

Da eine Gefahrenquelle für die Infektion der Frühgeborenen mit Keimen die dem Blutkreislauf direkt zugeführte Nährlösung ist, die nach den individuellen Bedürfnissen der Kleinsten auch eigens hergestellt wird, liegt ein Fokus der Überwachung durch das Landesamt auf dieser speziellen Arznei-



mittelform. Erst durch eine Änderung des Arzneimittelgesetzes 2009 (15. AMG-Novelle) wurden die durch Ärztinnen und Ärzte für ihre Patientinnen und Patienten hergestellten Arzneimittel der Überwachung unterstellt. So wurden 2011 alle Einrichtungen, die über eine intensivmedizinische Betreuung für Frühgeborene verfügen und Infusionslösungen für die künstliche Ernährung selbst herstellen, durch Fachleute des Landesamtes inspiziert.

Während die Herstellung dieser Nährlösungen teilweise durch die Klinikapotheken übernommen wird, wo besonders hohe Anforderungen an die sterile Atmosphäre gestellt werden, hatte die Nährlösungsherstellung auf Säuglingsstationen meist noch Verbesserungspotenzial. Hier wurde nun durch das Landesamt darauf hingewirkt, auch auf der Station Herstellungsverfahren einzuführen, die mit denen in der Apotheke vergleichbar sind. Somit wird die Sicherheit für die Frühchen auch in Bezug auf die verabreichten Arzneimittel erhöht und ein weiterer Schritt auf dem langen Weg zur Verbesserung der Überlebenschancen der Kleinsten getan.



Qualitätssicherung im Bereich Pharmazie

Alle deutschen Arzneimittelüberwachungsbehörden sind in ein bundesweit gültiges Qualitätssicherungssystem (QS) unter der Führung der Zentralstelle der Länder für Gesundheitsschutz bei Arzneimitteln und Medizinprodukten (ZLG), Bonn, integriert. In diesem Zusammenhang war am 12./13. April 2011 nach drei Jahren wieder ein Qualitätssicherungs-Audit für unser Pharmaziereferat einschließlich der Zweigstellen bei den Ämtern für soziale Angelegenheiten in Landau, Mainz und Trier fällig.

Der Leiter des Referates Gerhard Frick stellte den Prüferinnen und Prüfern die Arzneimittelüberwachung in Rheinland-Pfalz vor und erläuterte, dass sich die Zahl der in Rheinland-Pfalz ansässigen Betriebe, die eine Herstellungs-, Einfuhr- oder Großhandelserlaubnis besitzen, auf 313 beläuft.

Die Auditoren begutachteten die Qualifikation der hiesigen GMP-Inspektorinnen und -Inspektoren (GMP = Good Manufacturing Practise), die Durchführung von Inspektionen und den Umgang mit Arzneimittelrisiken.

Als Fazit wurde festgehalten, dass in dem pharmazeutischen Inspektorat in Rheinland-Pfalz QS-konform gearbeitet wird.

Landeskinderschutzgesetz – Treffen der Fachkräfte der Gesundheitsämter

Ein Ziel des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit (Landeskinderschutzgesetz) ist, dass möglichst alle Kinder ihren Anspruch auf Früherkennungsuntersuchungen realisieren. Durch das Einladungs- und Erinnerungsverfahren hat sich die Inanspruchnahme die-

ser Vorsorgeangebote deutlich verbessert; nahmen vor Inkrafttreten des Landeskinderschutzgesetzes 84,8 Prozent der Kinder an der U 9-Untersuchung teil, lag die Teilnahmequote schon in 2010 bei mehr als 98 Prozent.

Im Mai 2011 folgten die Fachkräfte der Gesundheitsämter, die mit dem Einladungswesen nach dem Landeskinderschutzgesetz befasst sind, der Einladung des Landesamtes zu einem ersten landesweiten Treffen ins Mainzer Rathaus. Zentrales Ziel der Veranstaltung war es, über neue Entwicklungen im Einladungs- und Erinnerungsverfahren zu den Früherkennungsuntersuchungen zu informieren und den Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

Kerstin Röhlich-Pause, Leiterin der Zentralen Stelle, informierte über die geplanten Änderungen im Einladungs- und Erinnerungswesen. Vorrangiges Ziel dieser Maßnahmen ist die Reduzierung der Fälle, bei denen laut Gesetz die Gesundheitsämter eingeschaltet werden müssen, weil keine Untersuchungsbestätigung beim Zentrum für Kindervorsorge in Homburg eingegangen ist, obwohl eine Früherkennungsuntersuchung durchgeführt wurde.



Der Nachmittag war dem Erfahrungsaustausch in Arbeitsgruppen vorbehalten mit dem Ziel, ein erstes Resümee nach drei Jahren Landeskinderschutzgesetz zu ziehen. Die Umsetzung des Verfahrens in den Gesundheitsämtern vor Ort wurde insgesamt positiv bewertet. Stärken sehen die Fachkräfte vor allem in den vielen positiven Kontakten mit Eltern und den vielfältigeren Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zur Gesundheitsberatung.

Neben dem verbindlichen Einladungswesen zielt das Landeskinderschutzgesetz auf eine verbesserte Kooperation zwischen Gesundheitshilfe und Kinder- und Jugendhilfe durch den Auf- und Ausbau Früher Hilfen und interdisziplinärer Netzwerke. Auch hier sind die Fachkräfte der Gesundheitsämter aktiv. Bei einer Tagung des Landesamtes zum Thema „Frühe Hilfen“ wurde deutlich, wie wichtig es für die Fachkräfte der unterschiedlichen Hilfesysteme ist, mehr voneinander zu wissen. Dadurch können Kinder, Eltern und Helfer von Frühen Hilfen profitieren.

Menschen mit ausländischen Examina in den Gesundheitsberufen

In einigen Bereichen des Arbeitsmarktes ist ein Mangel an qualifizierten Fachkräften bereits deutlich spürbar. Hierzu zählen viele Berufe in der Medizin und der Pflege.

Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, setzt das Land Rheinland-Pfalz zum einen auf die „Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Gesundheitsberufe 2012“. Zum anderen ist es aber auch ganz wichtig, Menschen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit zu bieten, ihren im Ausland erlernten Beruf in Deutschland auszuüben. Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung leistet als in Rheinland-Pfalz zuständige Behörde für die Anerkennung ausländischer Bildungsnachweise in den akademischen und nicht-akademischen Gesundheitsberufen einen wichtigen Beitrag hierzu. So konnte im Jahr 2011 insgesamt 176 Ärztinnen und Ärzten, 32 Zahnärztinnen und Zahnärzten, 96 Gesundheits- und Krankenpflege-



Übersicht Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

	2009	2010	2011
Ärztinnen und Ärzte	78	115	176
Zahnärztinnen und Zahnärzte	16	9	32
Kranken-/Gesundheitspflegerinnen und -pfleger	85	39	96

rinnen und -pflegern inkl. Krankenpflegehelferinnen und -helfern sowie 14 Angehörigen der sonstigen Gesundheitsfachberufe der Einstieg in ihren erlernten Beruf in Deutschland ermöglicht werden.

Bei der Prüfung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen ergibt sich ein Spannungsfeld zwischen dem vorsorgenden Patientenschutz und dem berechtigten Interesse der Antragstellerinnen und Antragsteller an einem möglichst unbürokratischen, zügigen und transparenten Anerkennungsverfahren. Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung hat bereits in der Vergangenheit dafür gesorgt, dass den Betroffenen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten der Zugang zum Arbeitsmarkt so problemlos wie möglich eröffnet wird. Ein weiterer Meilenstein bei der rechtlichen Gestaltung der Bewertung ausländischer Berufsausbildungs- und Fortbildungsabschlüsse wird das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz – BQFG), welches zum 1. April 2012 in Kraft getreten ist.



ARBEIT

Halbzeit im ESF – über 1.200 Projekte bewilligt



Im Jahr 2011 befand sich Rheinland-Pfalz in der Mitte der laufenden Förderperiode des Europäischen Sozialfonds (ESF), die im November 2008 mit den ersten arbeitsmarktpolitischen Projekten gestartet war. Zielsetzung des Europäischen Sozialfonds ist die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Menschen im Arbeitsmarkt zu halten und Ausbildungsmaßnahmen zu fördern. Er trägt damit auch zur regionalen Wettbewerbsfähigkeit von Beschäftigten und Unternehmen bei. In der laufenden Förderperiode fließen rund 114 Millionen Euro nach Rheinland-Pfalz.

Die sogenannte zwischengeschaltete Stelle beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist dabei zuständig für die Förderung der arbeitsmarktpolitischen Projekte. In diesem Bereich sind insgesamt 36 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (22 in Landau und 14 in Mainz) beschäftigt, die die Träger beraten, Zuwendungen bewilligen und sich um die ordnungsgemäße Abwicklung und Prüfung der Projekte kümmern.

Im Jahr 2011 konnte die zwischengeschaltete Stelle das 1.000. Projekt seit Beginn der Förderperiode bewilligen. Das Projekt „Job-Schleuse“ des Rundum Meisterservice GmbH in Simmern wurde mit einem Förderbetrag von 173.000 Euro unterstützt. Ziel des Projekts ist die Vermittlung und Integration von schwer vermittelbaren Jugendlichen zwischen 16 und 25 Jahren in einen Ausbildungsplatz oder einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das Projekt arbeitet eng mit den Berufsbildenden Schulen Simmern, den Handwerksbetrieben in der Region und der Industrie- und Handelskammer zusammen.

Anlässlich der ESF-Jahreskonferenz zog Ministerin Dreyer am 25. November 2011 eine positive Halbbilanz. Die Ministerin wies darauf hin, dass in der ersten Hälfte der Förderperiode Projekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 63 Millionen Euro bewilligt wurden. Über 100.000 Menschen konnten erreicht werden. 90 Unternehmen wurden beraten, 7.500 Beschäftigte qualifiziert. 17.000 Schülerinnen und Schüler wurden durch die „JobFüxe“ am Übergang von Schule in Ausbildung unterstützt und nahezu 10.000 Jugendliche durch die „Jugendscouts“ begleitet. 19.000 nicht vermittelte Jugendliche und 25.000 Langzeitarbeitslose wurden qualifiziert, rund 1.000 potenzielle Existenzgründerinnen und Existenzgründer beraten.

Bis zum Jahresende 2011 stieg die Zahl der bewilligten arbeitsmarktpolitischen Projekte auf 1.201. Im gleichen Zeitraum wurden insgesamt 4.015 Quartalsberichte aus den Projekten geprüft, davon 1.433 im Jahr 2011. Der zwischengeschalteten Stelle oblag zudem die Abwicklung der Verwaltungsverfahren in der Folge der Kontrollen der Prüfbehörde des Europäischen Sozialfonds. Seit 2010 hat die Prüfbehörde über 100 Prüfungen durchgeführt. Erstmals im Jahr 2011 wurden durch die zwischengeschaltete Stelle 25 eigene Vor-Ort-Kontrollen bei den arbeitsmarktpolitischen Projekten vorgenommen.





ALTENPFLEGE

Wohnmodell für Menschen mit Pflegebedarf – „Pflegeoase“

In Rheinland-Pfalz ging im Jahr 2011 die Erprobungsphase für zwei Modellprojekte „Pflegeoase“ zu Ende. Es handelt sich um das Projekt „Sinneswelt“ in der Villa am Buttermarkt, Adenau (Betreiber: Projekt 3 e. V.), das nach Abschluss der Erprobungsphase am 25. Oktober in den Dauerbetrieb überging. Bei der „Pflegeoase“ des Seniorenzentrums der AWO, Idar-Oberstein (Betreiber: AWO Bezirksverband Rheinland e. V.) läuft die Erprobungsphase noch bis zum 14. August 2012. Das Konzept der Pflegeoase zielt auf eine gemeinschaftliche Betreuung und Pflege von an Demenz erkrankten Personen, die sich im Endstadium der Erkrankung befinden, in einer kleinen Wohngruppe in einem Raum ab.

Die Beratungs- und Prüfbehörde kann nach dem Landesgesetz über Wohnformen und Teilhabe (LWTG) bei Wohnmodellen mit einem neuen Versorgungskonzept Ausnahmen von einzelnen gesetzlichen Anforderungen zulassen und dies mit der Auflage einer wissenschaftlichen Begleitung versehen. Die „Sinneswelt“ in Adenau wurde im Rahmen eines Leuchtturmprojektes durch das Institut für angewandte Sozialforschung AGP (Alter.Gesellschaft.Partizipation.) in Freiburg (Prof. Dr. Klie) mit einer Förderung durch das Bundesministerium für Gesundheit und das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie wissenschaftlich begleitet. Die Pflegeoase der Arbeiterwohlfahrt wurde durch die Pflegewissenschaftliche Fakultät der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Vallendar (Prof. Dr. Brandenburg) begleitet. Die Finanzierung dieser Studie erfolgte durch die Arbeiterwohlfahrt und das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie.

Da beide Studien abgeschlossen und ausgewertet sind, lässt sich feststellen, dass sich das Konzept „Pflegeoase“ bewährt hat. Vorteile dieses Wohnmodells sind zum Beispiel die Vermeidung von Isolation durch die verstärkte Präsenz von qualifiziertem Personal wie Pflegefachkräften, mindestens einer Fachkraft, die über eine gerontopsychi-

atrische Zusatzqualifikation oder in der psychiatrischen Fachkrankenpflege verfügt, und therapeutischen Fachkräften. Es ist dadurch mehr Zuwendung, Aktivierung und ein situatives Handeln der Betreuungskräfte möglich.

Die Beratungs- und Prüfbehörde hat aus den bei der Begleitung der beiden Projekte gewonnenen Erfahrungen Rahmenbedingungen erarbeitet, welche der künftigen Arbeit besonders dienlich sind. Hierzu zählen insbesondere Anforderungen an die Räumlichkeiten und das Personal sowie Voraussetzungen zum aufzunehmenden Personenkreis.



Gerechtes Ausgleichsverfahren fördert Altenpflegeausbildung

Während viele Bundesländer seit Jahren einen Mangel an fachpraktischen Ausbildungsplätzen in der Altenpflege und Altenpflegehilfe verzeichnen, geht der Trend in Rheinland-Pfalz kontinuierlich bergauf: Seit dem Schuljahr 2004/2005 sind die Schülerzahlen von 2.005 auf mittlerweile 2.930 Schülerinnen und Schüler gestiegen. Tendenz: weiter steigend!



Dazu trägt das im Jahre 2004 eingeführte Ausgleichsverfahren bei, dessen Grundprinzip es ist, dass die Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz als Solidargemeinschaft die Ausbildungskosten in der Altenpflege und der Altenpflegehilfe tragen.

Alle Pflegeeinrichtungen zahlen in den sogenannten „Ausgleichspool“ ein, aus dem die ausbildenden Pflegeeinrichtungen anteilig Zahlungen für die geleisteten Ausbildungsvergütungen erhalten. Durch dieses Verfahren werden Wettbewerbsnachteile für ausbildende Pflegeeinrichtungen vermieden, da diese durch einen einheitlichen Ausgleichsbetrag pro Tag nicht teurer sind als Pflegeeinrichtungen, die nicht oder nur in geringem Umfang ausbilden und mit ihnen im direkten Wettbewerb stehen.

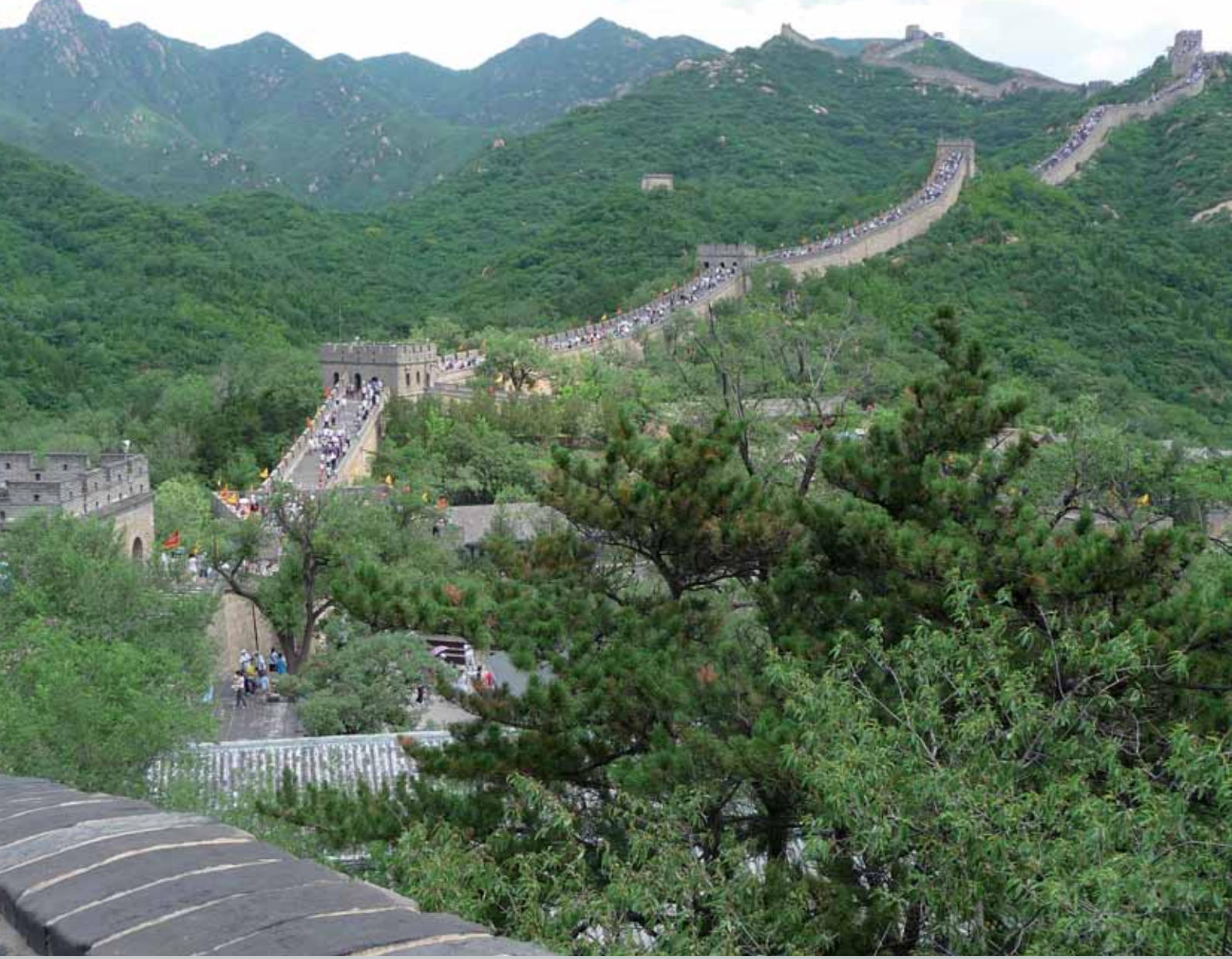
An diesem Ausgleichsverfahren waren im Jahre 2011 alle 1.122 rheinland-pfälzischen vollstationä-

ren, teilstationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen sowie nicht als Pflegeeinrichtung zugelassene sonstige Einrichtungen für alte Menschen beteiligt.

Diese zahlten im Kalenderjahr 2011 Ausgleichsbeträge in Höhe von insgesamt rund 18,5 Millionen Euro, womit den ausbildenden Einrichtungen die von ihnen gezahlten Ausbildungsvergütungen erstattet wurden. Vollstationäre und teilstationäre Pflegeeinrichtungen erhielten 50 Prozent der tatsächlich gezahlten Ausbildungsvergütungen, ambulante Pflegeeinrichtungen 80 Prozent.

Die Verteilung des Geldes auf die Einrichtungen erfolgt nach gleichmäßigen Grundsätzen. Für einen vollstationären Platz ergab sich im Kalenderjahr 2011 ein landesweit einheitlicher Betrag bei einer Auslastung von 95 Prozent in Höhe von 1,27 Euro pro Tag und Person, für einen teilstationären Platz bei einer Auslastung von 60 Prozent ein landesweit einheitlicher Betrag in Höhe von 0,66 Euro pro Tag und Person. Die ambulanten Pflegeeinrichtungen konnten demgegenüber die von ihnen für das Schuljahr 2010/2011 erhobenen Ausgleichsbeträge über einen prozentualen Zuschlag auf die Vergütungen der ambulanten Pflegeleistungen in Höhe von 2,4195 refinanzieren.

Durch eine gleichmäßige Verteilung der Ausbildungskosten fördert das Ausgleichsverfahren die Ausbildungsbereitschaft der Pflegeeinrichtungen und trägt somit auch zu einer effektiven Verbesserung und Sicherung einer fachgerechten Pflege in Rheinland-Pfalz bei.



INTERNATIONALES

Ort des Dienstgeschäftes: Peking

Ein bedeutender Teil der in Deutschland verschriebenen Arzneimittel wird nach Ablauf des Patentschutzes in Staaten wie Indien oder China hergestellt, ohne dass dies für die Patientinnen und Patienten unmittelbar erkennbar wäre. Das darf nicht zu Lasten der Arzneimittelsicherheit gehen.

Daher dürfen hier zugelassene, jedoch in Drittstaaten hergestellte Arzneimittel nur dann nach Europa eingeführt und dort vermarktet werden, wenn der Herstellungsbetrieb zuvor durch eine europäischen Behörde, für Rheinland-Pfalz also durch Vertreterinnen bzw. Vertreter des Landesamtes, besichtigt wurde.

Eine solche sogenannte Fremdinspektion führte im Frühsommer wieder in die Volksrepublik China, diesmal zu einer Firma im Umland von Peking. Es sollte die Fertigung von Tabletten und Kapseln für einen in Rheinland-Pfalz ansässigen pharmazeutischen Unternehmer inspiziert werden.

Schon die Temperaturen beim Verlassen des klimatisierten Flughafenbereiches machten noch-



mals deutlich, dass Peking klimatisch in den Subtropen liegt. Daher mussten auch Fragestellungen wie firmeneigene Maßnahmen gegen eine dauerhaft erhöhte Luftfeuchtigkeit, der Schutz von Lager- und Produktionsbereichen gegen Überschwemmungen oder ein vermehrtes Aufkommen von Schädlingen im Außenbereich besondere Beachtung finden.

Nach verschiedenen Vorgesprächen und einem ersten Kennenlernen der leitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma am Ankunftstag startete die eigentliche Inspektion am Produktionsort am nächsten Morgen.

Bei dieser Inspektionsreise waren von Beginn an auch zwei Vertreterinnen der zuständigen örtli-



chen chinesischen Behörde SFDA (State Food and Drug Agency) anwesend, die die deutschen Inspektoren bei ihrer Inspektion begleiteten und mit denen sich ein interessanter fachlicher Austausch entwickelte. Dabei wurde deutlich, dass die rechtlichen Vorgaben in China in den letzten Jahren zwar in vielen, jedoch nicht allen wesentlichen Punkten den europäischen bzw. international anerkannten Bestimmungen angeglichen wurden. Dennoch müssen Betriebe, die nach Europa exportieren wollen, die EU-Regeln bereits heute erfüllen und im täglichen Produktionsbetrieb umgesetzt haben; dies zu überprüfen war letztlich Aufgabe der Dienstreise.

Einige wenige Betriebsangehörige verstanden zwar Englisch, jedoch wohl mangels praktischer Anwendung dieser Sprache war eine direkte Diskussion leider meist nur sehr eingeschränkt möglich. Daher kostete das ständige Erfordernis des Übersetzens von Englisch in Chinesisch und umgekehrt durch unsere glücklicherweise auch in pharmazeutischen Sachverhalten sehr erfahrenen „Interpreten“ doch sehr viel mehr Zeit als im Voraus eingeplant.

Gäste aus Weißrussland im Landesamt

Am 11. August 2011 konnte das Landesamt 16 junge Menschen aus Weißrussland (Belarus) und acht Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Ökoprojektes des Caritasverbandes Betzdorf und deren Betreuerinnen und Betreuer im Landesamt in Mainz begrüßen.

Es handelte sich bei den 16- bis 32-jährigen Gästen aus einem uns eher wenig geläufigen Land um ehrenamtliche und sozial engagierte junge Leute aus Jugendzentren in Minsk, Bychow, Mogiljow und Tschetscherks. Diese hatten sich in ihrer Heimat auf die Spurensuche nach nationalsozialistischen Gräueltaten begeben, um davon im Rahmen des Jugendbegegnungsprojektes „FUTURA 2011 – Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus reflektieren – für eine Kultur des Miteinanders und der Toleranz eintreten“ zu berichten. Ihr Interesse am Landesamt galt deshalb vor allem den in der Abteilung Landesjugendamt angesiedelten Sonderprojekten zum Thema Rechtsextremismus.

Die Jugendbegegnung fand im engen Schulter-schluss der belarussischen und deutschen Tschernobylhilfe statt, die finanziell vom Land unterstützt wird. Das Landesamt fördert Erholungsmaß-

nahmen für Kinder und Jugendliche aus Regionen, die von der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl betroffen sind. Auch 25 Jahre nach der Reaktorkatastrophe ist in Rheinland-Pfalz die Hilfsbereitschaft groß. Mehr als 700 Kinder und Jugendliche aus den betroffenen Regionen wurden 2011 von 24 rheinland-pfälzischen Tschernobylinitiativen eingeladen. Etwa 450 junge Menschen besuchten Deutschland dabei zum ersten Mal. Der Caritasverband Betzdorf engagiert sich in diesem wichtigen Projekt seit dem Ende der 90er Jahre.

Nicht zuletzt durch die hervorragenden Deutschkenntnisse der beiden Betreuer und teilweise auch der jungen Leute auf belarussischer Seite kam ein bemerkenswerter Austausch zustande. So gab es sehr interessante Dialoge dazu, wie sich z. B. Rechtsextremismus in den beiden Ländern zeigt, welche Bevölkerungsgruppen besonders gefährdet sind, Opfer zu werden, und welche Maßnahmen der Staat ergreift.

Die belarussischen Gäste stellten im Rahmen einer Präsentation die Ergebnisse ihrer Spurensuche nach nationalsozialistischen Gräueltaten in

ihrer Heimat vor. Bei ihrer Recherche stießen sie auf erschreckende Fakten, wie z. B. 10.000fache Morde an Juden und behinderten Menschen. Gäste und Gastgeber waren sich einig über die gemeinsame Verantwortung auch der jüngeren Generation in einem Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und im Engagement für Vielfalt und Toleranz.





ÄMTER FÜR SOZIALE ANGELEGENHEITEN

TRIER

Ministerin Dreyer zu Besuch im Amt für soziale Angelegenheiten Trier

Am 31. Januar 2011 besuchte Ministerin Malu Dreyer das Amt für soziale Angelegenheiten Trier. Präsident Werner Keggenhoff begrüßte den Gast zusammen mit dem stellvertretenden Amtsleiter Ralph Lehmann im Kreise der Referentinnen und Referenten des Amtes, des Vorsitzenden des örtlichen Personalrates, der Gleichstellungsbeauftragten und des Vertrauensmanns der Schwerbehinderten.

In einer Gesprächsrunde hatten die Beteiligten die Gelegenheit, der Ministerin sich und einige Aufga-

benbereiche des Amtes vorzustellen. Dabei kamen aktuelle Themen wie die Einrichtung der Service-stelle nach dem Landestariftreuegesetz, die Situation in den Bereichen Kinderschutz und Heimaufsicht ebenso zur Sprache wie die Schwerpunktaufgabe Feststellungsverfahren nach dem SGB IX. Erfreut nahmen die Beteiligten zur Kenntnis, dass die Ministerin erneut allen Kommunalisierungstendenzen unserer Fachaufgaben eine Absage erteilte und den Bestand des Amtes als wichtig für die Region bezeichnete.

Nach eineinhalb Stunden verabschiedete sich der hohe Gast. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Trier freuten sich über das Treffen, denn der letzte Sozialminister, der das Amt besucht hatte, war Heiner Geißler in den 1970er Jahren.



KOBLENZ

BUGA – ADE !

2011 war für unseren Standort Koblenz das Jahr der Bundesgartenschau. Schon der neue Besucherrekord für Bundesgartenschauen belegt den großen Erfolg, zu dem die Seilbahn über den Rhein wesentlich beigetragen hat.

Als Fachverwaltung für behinderte Menschen hatten wir uns bereits im Vorfeld für die Belange der Barrierefreiheit eingesetzt.



Das Amt für soziale Angelegenheiten Koblenz hat in der Zeit vom 15. April bis zum 16. Oktober 2011 eine Telefonhotline betrieben, die über Hilfen für behinderte Besucherinnen und Besucher informierte. Sie war nicht nur an Werktagen sondern auch an Wochenenden sowie an Feiertagen besetzt. So konnten behinderte Menschen Fragen stellen, die durch unsere ortskundigen Personen beantwortet wurden.

Erfreulicherweise gab es zu keinem Zeitpunkt Probleme, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, die das Hotline-Telefon bedienten. Den 42 Freiwilligen machte es offensichtlich Spaß und sie konnten sich mit dieser Aufgabe identifizieren.

Die Fragen, die gestellt wurden, betrafen naturgemäß die Bereiche, die durch die allgemeine und von der BUGA GmbH angebotene Hotline nicht beantwortet werden konnten. Beispielsweise wurde nach dem Standort von Behinderten-Toiletten gefragt, sehr häufig stand der Verleih von Rollstühlen im Fokus des Interesses. Aber auch Fragen, wie: welche Nachlässe bei den Eintrittspreisen gibt es? wurden gestellt.

Insgesamt gesehen kann man sagen: die Landes-sozialverwaltung in Koblenz ist ihrer Aufgabe gerecht geworden. Sie hat dazu beigetragen, Menschen mit Beeinträchtigungen den barrierefreien Zugang zur Bundesgartenschau 2011 zu ermöglichen und sie für diese Zielgruppe erfahrbar und erlebbar zu machen. Das war uns wichtig.



VdK besucht das Amt für soziale Angelegenheiten Koblenz

Am 26. Mai 2011 trafen sich 14 Kreisgeschäftsführerinnen und Kreisgeschäftsführer des VdK sowie die Assistentin der VdK-Geschäftsführung im AsA Koblenz zu einem Erfahrungsaustausch über das Feststellungsverfahren nach dem SGB IX. Amtsleiter Armin Glase begrüßte die Anwesenden und gab seiner Freude Ausdruck, dass seine Einladung eine so hohe Resonanz gefunden habe. Er bedankte sich für die konstruktive und gute Zusammenarbeit mit den Kreisgeschäftsstellen.

Herr Glase gab einen Überblick über die Antrags-situation und verwies auf die deutliche Steigerung der Anträge seit dem Jahr 2005; er berichtete, dass im Schnitt knapp 2.500 Anträge pro Monat gestellt werden, welche die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den Ärztlichen Dienst vor große Herausforderungen stellen.

Bei der Qualität der Antragsbearbeitung spielt die Ermittlungstiefe eine wichtige Rolle. Sie beeinflusst naturgemäß auch die Verfahrensdauer. Auch wenn nicht alle Befundberichtsanforderungen von den Ärzten und Krankenhäusern zügig be-

antwortet werden, so können doch innerhalb von gut drei Monaten über 50 Prozent der Anträge entschieden werden. Bei den Entscheidungen im Erst-antragsverfahren wird in etwa 42 bis 45 Prozent der Fälle die Schwerbehinderteneigenschaft erreicht. Diese Aussage gilt für alle vier Ämter in Rheinland-Pfalz, weil an allen Standorten nach einheitlichen Kriterien gearbeitet wird.

Zentrales Thema waren die Änderungen der Versorgungsmedizin-Verordnung.

Die Leitende Ärztin, Dr. Brigitte Wunder-Schneider, referierte zunächst über die Neuregelung zum Diabetes mellitus. Hier hat sich die Bewertung grundlegend geändert. Weitere Themen waren die Neuregelungen bei Endoprothesen und bei Augenleiden.

Thematisiert wurde die Frage, dass bei Neufeststellungsanträgen Änderungen der Versorgungsmedizin-Verordnung vom Amts wegen zu beachten sind und dass sich hieraus ein erhöhter Beratungsbedarf ergibt. In diesem Zusammenhang regte Herr Glase an, auch die Sprechtagsangebote des AsA Koblenz in acht Verbandsgemeinden zu nutzen.

Die Gründe für durchzuführende Nachuntersuchungen wurden ebenso behandelt wie der Ablauf von Widerspruchsverfahren.

Auf Grund dieser vielfältigen Themen entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, bei der der Referent für das Schwerbehindertenfeststellungsverfahren, Klaus Groß, die Fragen der Gäste beantwortete.

Die Gäste berichteten aus ihrer Beratungspraxis in den Kreisgeschäftsstellen und so konnte von beiden Seiten manch wertvoller Hinweis gegeben werden.



LANDAU

Aus der Werkstatt in unsere Verwaltung

Im Amt Landau ist es im Jahre 2011 gelungen, einen langjährigen Mitarbeiter einer Werkstatt für behinderte Menschen mit Hilfe des Budgets für Arbeit in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis in unserer Verwaltung zu übernehmen. Das Landesamt erhält für den neuen Kollegen einen Lohnkostenzuschuss, der von Land und Kommune finanziert wird. Der Schritt von der Werkstatt zu unserer Verwaltung wurde sorgfältig vorbereitet, ein Ansprechpartner der Einrichtung steht weiterhin zur Verfügung.

Der neue Mitarbeiter, der einen durchaus anspruchsvollen Arbeitsplatz inne hat, hat sich schnell im Amt zurechtgefunden und erfährt wegen seiner hohen Kompetenz und freundlichen Art volle Anerkennung im Kollegenkreis und durch die Dienststellenleitung. Dieses Beispiel soll auch andere Behörden und Betriebe der freien Wirtschaft ermuntern, behinderten Menschen aus Werkstätten eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt zu geben.

Als Fachverwaltung für behinderte Menschen ist es für unsere Verwaltung eine Selbstverständlichkeit, auch selbst eine große Zahl von Menschen zu beschäftigen, die aus eigener Anschauung die Probleme des Lebens und Arbeitens mit Behinderung kennen. Im gesamten Geschäftsbereich liegt der Anteil der schwerbehinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei 13,43 Prozent.

MAINZ

Neue Amtsleitung in Mainz

Am 1. Mai 2011 hat Heike Schückes die Leitung des Amtes für soziale Angelegenheiten Mainz übernommen. Sie studierte Jura in Mainz und war danach zehn Jahre Rechtsanwältin in Nordrhein-Westfalen. Zurück in Mainz leitete sie das Landesprüfungsamt für Medizin und Pharmazie beim Landesamt. Frau Schückes konnte bereits einige positive Veränderungen anstoßen.





60. Geburtstag des Präsidenten



Einführungswoche der Auszubildenden



Betriebsausflug zur BUGA 2011 in Koblenz



Personalversammlung am Standort Mainz



Jahrestreffen der Gleichstellungsbeauftragten



U-30 Veranstaltung – Im Dialog mit dem Präsidenten



SCHULEN FÜR SINNESBEHINDERTE MENSCHEN

LANDESSCHULE FÜR GEHÖRLOSE UND SCHWERHÖRIGE NEUWIED

**Hörgeschädigte Schülerinnen und Schüler
gestalten Kalender**



Im November 2010 startete die Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige Neuwied gemeinsam mit der Sparkasse Neuwied ein Kalenderprojekt. Von über 200 eingereichten Schülerarbeiten konnten 58 besonders gelungene Werke anlässlich des Sommerfests im August 2011 in einer Ausstellung präsentiert werden. Die Ausstellungsbesucherinnen und -besucher standen damals vor der schwierigen Aufgabe, aus der Vielfalt farbenprächtiger, beeindruckender Werke der jungen hörgeschädigten Künstler die 13 schönsten für den Kalender auszuwählen.

Am 22. November 2011 fand die feierliche Präsentation des Kalenders in den Schallterräumen der



Sparkasse Neuwied statt. In der offiziellen Feierstunde begrüßte der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse, Dr. Hermann-Josef Richard, rund 250 geladene Gäste und würdigte noch einmal die hervorragende Leistung aller am Projekt beteiligten hörgeschädigten Künstlerinnen und Künstler. Unter großem Beifall stellte die Schulleiterin Ute Jung die einzelnen Kalenderblätter noch einmal vor. Ihr Dank galt nicht nur den jungen Künstlerinnen und Künstlern, sondern auch den Sponsoren und den beiden Förderschullehrerinnen Elgin Brendel und Leila El Hadsh, die dieses Projekt ein ganzes Jahr lang begleitet hatten.



LANDESSCHULE FÜR BLINDE UND SEHBEHINDERTE NEUWIED

Das Sportgebäude ist fertig



„Hurra, es geht wieder los!“ – so lautete das Motto einer Feierstunde zur Wiedereröffnung des Sportgebäudes der Landesschule für Blinde und Sehbehinderte in Neuwied. In rund zwei Jahren waren die Sporthalle und das Schwimmbad saniert worden und präsentieren sich nun als ein modernes, funktionales und energiesparendes Sportzentrum. Die Schülerinnen und Schüler sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter konnten viele Gäste begrüßen, die sich davon überzeugen wollten, dass 9,5 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II gut investiert worden waren. Die Schirmherrin des Tages, Ministerin Malu Dreyer, hob hervor, dass für blinde und hochgradig sehbehinderte Kinder und Jugendliche eine gezielte Bewegungserziehung und Bewegungsförderung unerlässlich ist. Gerade sehgeschädigten Kindern fehle die Möglichkeit, Bewegungen in erster Linie durch Nachahmung zu erlernen. Der Präsident des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung, Werner Keggenhoff, erinnerte an den

schlechten Zustand des Sportgebäudes vor der Sanierung und verglich das Konjunkturprogramm II mit den Sterntälern aus Grimms gleichnamigem Märchen. „Das Konjunkturpaket bescherte uns das notwendige Geld, das wie vom Himmel gefallen kam. Wir haben es gern aufgehoben und hier gut angelegt.“

Die Schülerinnen und Schüler bedankten sich auf ganz besondere Art, denn sie wissen, dass nicht alle Kinder dieser Welt über eine so schöne Schule mit einem so tollen Sportgebäude verfügen. Daher beschlossen sie einen Spendenlauf durchzuführen, um mit dem Erlös Bildungsprojekte für Kinder in Afrika zu unterstützen. Den Erlös des Spendenlaufs in Höhe von 4.354,65 Euro konnten sie strahlend Ministerin Dreyer überreichen.



Im Verlauf der „sportlichen“ Feierstunde boten Schülerinnen und Schüler aller Bildungsgänge einen Einblick in ausgewählte Aspekte der Sportausübung sehbeeinträchtigter Menschen und demonstrierten ihre Fähigkeiten. Dazu gehörten Beiträge der integrativen Kindertagesstätte, der Judo-AG sowie der Goalball-AG, einer besonderen Ballsportart für blinde Menschen, bei der ein „hörbarer Ball“ ins gegnerische Tor gerollt wird. Neben Tandemfahren, Klettern, Skilanglauf, Leichtathletik, gezieltem Fitnesstraining an Geräten ist im Besonderen das Schwimmen eine sehr geeignete Sportart für Menschen mit einer Sehschädigung.

Auch für mehrfachbehinderte sehgeschädigte Kinder und Jugendliche ist die Bewegung im Wasser von besonderer Bedeutung, da hier viele negative Erfahrungen, z. B. Stoßen an Hindernissen, Hinfallen vermieden werden.

Bei den umfangreichen Renovierungsarbeiten wurde den besonderen Orientierungsbedürfnissen blinder und sehbehinderter Kinder und Jugendlicher Rechnung getragen. Für die sehbehinderten Schülerinnen und Schüler erleichtern farbige Kontraste die Orientierung, z. B. bei Bodenbelägen, Raumbeschilderungen, Lichtschaltern, Tür- und Fensterrahmen. Für blinde Kinder sind zum Beispiel die Markierungstreifen vor Eingängen, die Lauflinien auf Gehwegen und den Fußböden sowie die Linien, die ringförmig um die Schwimmbecken herum führen, nicht nur farblich, sondern auch in der Oberflächenbeschaffenheit abgesetzt. Auf dem Boden des Schwimmbeckens markieren schwarze Tauchstreifen die Bahnen. Jeweils einen Meter vor dem Ziel ist quer zur Schwimmrichtung am Beckenboden eine Sprudelleiste eingelassen, die dem Schwimmer sagt: „Achtung, gleich wenden!“. Blinde Kinder reagieren oft sehr ängstlich auf Lärm. Deshalb wurde besonders auf die Schalldämmung der Schwimmhalle geachtet.

Die ersten Bundesfreiwilligen in der Landesschule für Blinde und Sehbehinderte Neuwied

Nach dem Wegfall des Wehr- und Zivildienstes hat der Gesetzgeber den Bundesfreiwilligendienst (BFD) geschaffen. Der BFD ist ein Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger, sich außerhalb von Beruf und Schule für einen Zeitraum zwischen sechs und 24 Monaten in sozialen, kulturellen, ökologischen oder anderen gemeinwohlorientierten Tätigkeitsfeldern zu engagieren.

In einer Auftaktveranstaltung mit dem Paritätischen Servicezentrum für die Vermittlung Rheinland-Pfalz/Saarland informierte die Schule zahlreiche Organisationen über Beantragung, Organisation und Finanzierung des Bundesfreiwilligendienstes. Nach intensiver Werbung, die der Paritätische

für die Landesschule durchführte, meldeten sich zahlreiche Interessenten. Mittlerweile arbeiten vier junge Menschen (drei Männer und eine Frau) im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes an der Landesschule und unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Internatsgruppen und im Hausmeisterdienst.

In der Betreuung und Versorgung der schwerstbehinderten Schülerinnen und Schüler, insbesondere der Ganzjahreswohngruppen sind immer helfende Hände vonnöten. Die Kinder und Jugendlichen benötigen in allen Verrichtungen des täglichen Bedarfs Hilfestellung, sei es beim Essen, beim Ankleiden, beim Holen und Bringen zur Schule oder auch bei der Gestaltung der Freizeit. Bei den Aufgaben im Hausmeisterdienst können die Bundesfreiwilligen vielfältige Hilfen einbringen. Sie übernehmen zum Beispiel den Versorgungsbereich, die Beförderung der Essensbehälter von der Küche in die Wohngruppen, das Verteilen der sauberen Wäsche in die Wohngruppen und den Transport der Schmutzwäsche in die Waschküche.

Das hilft der Landesschule, gleichzeitig profitieren aber auch die jungen Menschen des Bundesfreiwilligendienstes. Sie können sich durch Gutes Tun sozial engagieren, nützliche und hilfreiche Arbeit leisten und sich für andere Menschen einsetzen. Es besteht die Möglichkeit, neue Leute kennenzulernen und mit verschiedenen Generationen zusammenzuarbeiten. Das Erfahren der eigenen Grenzen und Möglichkeiten sowie der persönlichen Herausforderung kann wichtige Eindrücke und Erkenntnisse für den weiteren Lebensweg geben.



WILHELM-HUBERT-CÜPPERS-SCHULE TRIER

Integration zu Wasser und zu Lande

Bei der Freizeitgestaltung der Internatskinder legt die Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule Trier großen Wert auf vielfältige Angebote, insbesondere beim Sport. An vielen Aktivitäten nehmen auch Kinder teil, die nicht die Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule besuchen.

Zwei schöne Beispiele hierfür sind die Mountainbike-AG sowie die Tauchergruppe.



Die Mountainbike-AG der WHC-Schule ist eine kooperative Maßnahme von Schule, Internat und ehemaligen Schülerinnen und Schülern. Sie trifft sich regelmäßig bereits seit dem Jahr 2005. Auf tollen hauseigenen Mountainbikes – gestiftet von der Gemeinschaft zur Förderung Hörgeschädigter Trier e. V. – geht es von Frühjahr bis Herbst auf Tour. Gefahren wird über Stock und Stein, durch Matsch und Wasser im steilen, unwegsamen Gelände und auf kniffligen Abfahrten, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einiges an Geschicklichkeit und Ausdauer abverlangen. Seit dem Schuljahr 2010/11 fahren zwei Gruppen mit

unterschiedlichen Schwerpunkten. Bei den Anfängerinnen und Anfängern liegen diese im Heranführen an die Technik eines Mountainbikes, Trainieren von körperlichen und konditionellen Fähigkeiten, sowie Leistungsbereitschaft und Ausdauer. Im Bereich der Fortgeschrittenen-Gruppe liegen die Schwerpunkte im Ausbau von Kondition und Ausdauer, Leistungssteigerung, Körperbeherrschung und Bewältigen von technisch schwierigen und anspruchsvollen Herausforderungen im Gelände. Ebenso gehört das sichere Fahren von Single Trails und steilen Serpentinestrecken sowie das Austesten und Kennenlernen eigener Grenzen zu den Schwerpunkten in der Mountainbike-AG. Während der Wintermonate werden in der hauseigenen Fahrradwerkstatt – deren Einrichtung mit Hilfe der Unfallkasse möglich war – die Räder gewartet, Reparaturen durchgeführt, und externe Reparaturarbeiten angenommen.

Aus Schnuppertauchangeboten der Tauchschule Alphafisch in Trier hat sich eine Tauchgruppe mit Schülerinnen und Schülern unserer Schule und externen Teilnehmerinnen und Teilnehmern gebildet. Die Kinder haben unter fachkundiger Kursleitung durch Tauchlehrer der Tauchschule und Begleitung des Internatspersonals den Tauchschein (Open Water Diver) erworben. Im Zeitraum von September 2010 bis August 2011 haben sie ihren Kursplan in Theorie (feste theoretische Unterrichtseinheiten mit anderen Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern in der Tauchschule) und Praxis (Schwimmbadtauchgänge und Außentauch-



gänge in verschiedenen Seen) absolviert. In Umsetzung des Kursplans wurden auch vielfältige soziale Kontakte geknüpft. Diese ergaben sich sowohl bei den Schwimmbadtauchgängen mit wechselnden Tauchpartnerinnen und Tauchpartnern, als auch bei den Außentauchgängen, vielfach mit Grillen und gemütlichem Beisammensein während der Tauchpausen mit den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Alle haben den Open Water Diver sowie den Scuba Water Diver erworben und wollen auch in Zukunft ihre Tauchkenntnisse weiterentwickeln.

2001 übernahm. Im Sommer 2006 wurde sie zur stellvertretenden Schulleiterin der Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule ernannt. In guter Tradition der Schule wird die endgültige Ernennung zur Schulleiterin im kommenden Schuljahr in entsprechendem Rahmen gefeiert werden.

Neue Schulleiterin in Trier

Seit dem Wechsel von Alexandra Forster zur Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier im August 2010 war die Schulleiterstelle an der Landeschule für Gehörlose und Schwerhörige Trier unbesetzt. Die Amtsgeschäfte wur-



den von der stellvertretenden Schulleiterin Ulrike Moog wahrgenommen, unterstützt von den Förderschulkonrektoren Michael Eicker, Wolfgang Romann und Dieter Reitemeyer sowie durch die Teams in Schule, Verwaltung, Internat, Küche und Hausmeisterei. Nach Ausschreibung der Schulleiterstelle und Bewerbungsverfahren war es am 17. Oktober 2011 dann soweit. Aus den Händen der Amtsvorgängerin Frau Forster erhielt Frau Moog die Bestellung zur kommissarischen Schulleiterin der Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule Trier.

Frau Moog ist schon seit August 1997 an der Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule tätig. Zunächst arbeitete sie schwerpunktmäßig als Klassenlehrerin in der damals noch bestehenden Gehörlosenabteilung. Mit viel Engagement beschäftigte sie sich zunehmend mit den Bereichen Integrierte Förderung für Hörgeschädigte und Beratungsstelle für Pädagogische Audiologie, deren Leitung sie ab

UNSERE DIENSTSTELLEN

Mainz

Rheinallee 97-101
55118 Mainz
Telefon 06131 967-0
Telefax 06131 967-310
poststelle-mz@lsjv.rlp.de

Koblenz

Baedekerstraße 2-10
56073 Koblenz
Telefon 0261 4041-0 oder -1
Telefax 0261 4041-407
poststelle-ko@lsjv.rlp.de

Amt für soziale Angelegenheiten Koblenz

Amtsleiter: Armin Glase
Baedekerstraße 12-20
56073 Koblenz
Telefon 0261 4041-0 oder -1
Telefax 0261 4041-407
poststelle-asako@lsjv.rlp.de

Sozialpädagogisches Fortbildungszentrum

Hartmühlenweg 8
55122 Mainz
Telefon 06131 967-0
Telefax 06131 967-142
poststellespfz@lsjv.rlp.de

Landesschule für Blinde und Sehbehinderte

Feldkircher Straße 100
56567 Neuwied
Telefon 02631 970-0
Telefax 02631 970-180
blindenschule-neuwied@
lbs-neuwied.lsjv.rlp.de

Amt für soziale Angelegenheiten Landau

Amtsleiterin:
Irmgard Rose-Natzschka
Reiterstraße 16
76829 Landau i. d. Pf.
Telefon 06341 26-1
Telefax 06341 26-287
poststelle@asa-landau.lsjv.rlp.de

Landesprüfdienst der Kranken- und Pflegeversicherung Rheinland-Pfalz

Mittlere Bleiche 53-57
55116 Mainz
Telefon 06131 497-3870
Telefax 06131 497-3899
landespruefdienstrlp@
asa-mainz.lsjv.rlp.de

Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige

Elisabethstraße 46/48
56564 Neuwied
Telefon 02631 3426-0
Telefax 02631 3426-150
info@lgs-neuwied.de

Amt für soziale Angelegenheiten Mainz

Amtsleiterin: Heike Schückes
Schießgartenstraße 6
55116 Mainz
Telefon 06131 264-0
Telefax 06131 264-666
poststelle@asa-mainz.lsjv.rlp.de

Landesprüfungsamt für Studie- rende der Medizin und Pharmazie Landesprüfungsamt für Psychotherapie

Schießgartenstraße 6
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2015
beicht.norbert@asa-mainz.lsjv.rlp.de

Wilhelm-Hubert-Cüppers-Schule Landesschule für Gehörlose und Schwerhörige

Am Trimmelter Hof 201
54296 Trier
Telefon 0651 91035-0
Telefax 0651 91035-34
whc@whc-schule-trier.de

Amt für soziale Angelegenheiten Trier

Amtsleiter: N.N.
Moltkestraße 19
54292 Trier
Telefon 0651 1447-0
Telefax 0651 27544
poststelle@asa-trier.lsjv.rlp.de



Internetadressen

www.lsjv.de
www.lsjv.rlp.de
www.landesamt.de
www.hauptfuersorgestelle.de
www.landesjugendamt.de
www.versorgungsamt.de

Die Organigramme der Ämter für soziale Angelegenheiten
finden Sie auf unserer Homepage unter Downloads.

IMPRESSUM

Herausgegeben vom

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung

Das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung ist nach ISO 9001 : 2008 zertifiziert.

Gesamtleitung

Werner Keggenhoff

Redaktionsteam

Matthias Bolch, Thomas Grings, Silvia Kitzinger, Andreas Krieger, Wolfgang Mosmann, Bernd Rasch, Manfred Simon, Achim Unkelbach

Layout und Satz

Martina Glaß

Fotos und Abbildungen

„Brückenbilder“

Titelbild	Theodor-Heuss-Brücke, Mainz
Bild Seite 6	Eisenbahnbrücke, Mainz
Bild Seite 8	BUGA-Seilbahn, Koblenz
Bild Seite 16	Kletterbrücke am Volkspark, Mainz
Bild Seite 22	Balduinbrücke, Koblenz
Bild Seite 28	Fußgängerbrücke, Koblenz
Bild Seite 32	Brücke am Westring, Landau
Bild Seite 36	Drehbrücke am Winterhafen, Mainz
Bild Seite 38	Römerbrücke, Trier
Bild Seite 42	Chinesische Mauer, Badaling, China
Bild Seite 46	Brücke zwischen den Dienstgebäuden, Koblenz
Bild Seite 52	Brücke an der Universität, Trier

Bilder Seite 3	Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen
Bild Seite 11, rechts	Artikel aus der Rheinpfalz vom 01.07.2011
Bild Seite 19	Postkarte der Elterninitiative gegen Rechts, Bild: © emmi – Fotolia.com
Bild Seite 21	Lebenshilfe Kaiserslautern e. V.
Bild Seite 24	© Peter Atkins – Fotolia.com
Bild Seite 25	© ArTo – Fotolia.com
Bild Seite 26	© Franz Pfluegl – Fotolia.com
Bild Seite 27	Deckblatt des Kalenders „Behinderte Menschen malen“ 2012 (Ausschnitt) Gerd Schneider, Caritasförderzentrum St. Laurentius & Paulus, Landau
Bild Seite 33	© GordonGrand – Fotolia.com
Bild Seite 34, unten	© Vadim Ponomarenko – Fotolia.com
Bild Seite 35	© Adam Gregor – Fotolia.com
Bild Seite 39	© peppi18 – Fotolia.com
Bild Seite 40	© CHW – Fotolia.com
Bild Seite 41, oben links	Boehringer Ingelheim
Bild Seite 48, links	Flyer – Hilfen für behinderte Menschen, Bild: © RRF – Fotolia.com

Übrige Bilder	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
---------------	---

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Rheinland-Pfalz

LANDESAMT FÜR SOZIALES,
JUGEND UND VERSORGUNG

Rheinallee 97-101
55118 Mainz

Telefon 06131 967-0
Telefax 06131 967-310

poststelle@lsjv.rlp.de
www.lsjv.rlp.de

